

- | | | | |
|---|---|----|--|
| 1 | Iran-Atomwaffen: Historischer Durchbruch | 9 | Weltlage 2013: Ban Ki-moons UNO-Jahresbericht |
| 3 | Aufruf zum Atom-Disinvestment Schweizer Banken | 12 | Gewaltloser Widerstand in Palästina |
| 6 | Atombombe: Feuer ohne zeitliches Ende | 16 | Zivildienst-Aufbau noch lange nicht abgeschlossen |
| 8 | Moritz Leuenberger zu Lampedusa | 18 | Zwei Friedensorganisationen stellen sich vor |

Zu den Chancen und Risiken der Genfer Vereinbarung über das iranische Atomprogramm

Atomproliferation: Historischer Durchbruch – gefährdet durch unheilige Allianz

Für einmal ist Wladimir Putin voll zuzustimmen. Die Ende November 2013 in Genf erzielte Vereinbarung im Streit um das iranische Atomprogramm sei «der Beweis, dass im Rahmen kollektiver Arbeit und gegenseitiger Achtung doch Antworten auf die aktuellen internationalen Herausforderungen gefunden werden können», erklärte der russische Präsident. Mit der Vereinbarung sei es «gelingen, dem Aufdröseln eines der schwierigsten Knoten der Weltpolitik näher zu kommen».

/ Andreas Zumach, Genf /

Dieser historische Durchbruch nach Jahren der Eskalation, in denen im Streit um das iranische Atomprogramm die Kriegsdrohungen vor allem aus Israel immer lauter wurden, war nur möglich, weil die USA und die EU zuvor ein Hindernis aus dem Weg genommen hatten, das sie Anfang 2005 selbst aufgebaut hatten: Die damals auf Drängen des deutschen Außenministers Joschka Fischer erhobene ultimative Forderung an Teheran, die Anreicherung von Uran vollständig und dauerhaft einzustellen. Diese ultimative Forderung hätte selbst eine demokratische, nichtreligiöse und dem Westen wohlgesonnene Regierung in Teheran nicht akzeptiert. Sie wirkte kontraproduktiv, stärkte die Hardliner in Teheran und verhalf Präsident Mahmud Ahmadinedschad im Juli 2005 zum Wahlsieg.

Historische Chance, kein Fehler

Die Obama-Administration signalisierte bereits in seit März dieses Jahres geführten geheimen Gesprächen mit Teheran einen Verzicht auf diese Forderung. Und seit der Wahl des gemäßigten und zu konstruktiven Verhandlungen bereiten Präsidenten Hassan Rohani im Juli dieses Jahres ist diese Forderung ganz vom Tisch. Rohanis Wahl wiederum verdankt sich zum Teil den gegen Iran verhängten Sanktionen, für die ein zunehmender Teil der Bevölkerung die konfrontative Politik seines Vorgängers Ahmadinedschad verantwortlich machte. Mit den in Genf vereinbarten Beschränkungen der Urananreicherung auf eindeutig zivile Nutzungszwecke, dem Baustopp und Betriebsverbot für den Schwerwasser-



reaktor in Arak sowie den weitgehenden Inspektionsrechten für die Internationale Atomenergiebehörde IAEA kann Teheran zumindest in den nächsten sechs Monaten keinerlei Entwicklungen mehr betreiben, die auch zur Entwicklung von Atomwaffen nutzbar wären. Wer jetzt immer noch das Gegenteil behauptet und wie Israels Premierminister Benjamin Netanjahu das Abkommen als «historischen Fehler» denunziert, redet wider besseres Wissen. Offensichtlich hat Netanjahu Sorge, nach einer Entschärfung des Konflikts um das iranische Atomprogramm könnte sich die Aufmerksamkeit in Washington und anderen Hauptstädten wieder auf den israelisch-palästinensischen Konflikt richten.

Die unheilige Allianz gegen das Abkommen

Mit seiner Hoffnung auf das Scheitern der Iran-Diplomatie befindet sich der israelische

Regierungschef in einer unheiligen Allianz mit den saudischen Wahabiten, den wichtigsten Sponsoren und Financiers des – auch gegen Israel – gerichteten Terrorismus. Und mit Republikanern im US-Kongress, deren einziges Ziel es ist, Präsident Obama auf allen Gebieten der Aussen- wie der Innenpolitik zu behindern. Zu dieser unheiligen Allianz gehören schliesslich auch die konservativen Mullahs und Hardliner in Teheran, die auf das Scheitern des gemäßigten Präsidenten Rohani setzen und sich den bösen Satan USA als Hauptfeind gerne erhalten wollen. Nicht zuletzt, weil ein solcher Feind die Repression im Inneren erleichtert.

Noch kann es dieser unheiligen Allianz gelingen, ein endgültiges Abkommen zwischen Teheran und der Staatengruppe P5+1 (die fünf ständigen UNO-Sicherheitsratsmitglieder USA,

Fortsetzung Seite 2

Abschaffung der Wehrpflicht: Der Schuss ging hinten hinaus

Am Abstimmungsergebnis gibt es nichts zu deuteln: Die von der GSoA lancierte und weitgehend allein getragene Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht wurde am Abstimmungssonntag vom 22. September 2013 abgeschmettert. So wichtig, dass von einem klassischen Eigengol gesprochen werden muss: Statt die Wehrpflicht der Männer abzuschaffen, wurde diese zementiert. Kein einziger Kanton, auch kein französischsprachiger, hat zugestimmt – das ist nicht einmal der ersten Armeeabschaffungsinitiative 'gelingen'. Sie erreichte 1989 einen Ja-Stimmenanteil von 35,6% und eine Mehrheit in Genf und dem Jura. Jetzt ist die Zustimmung auf 26,8% abgesackt.

Dieser mehr als schmerzliche Schiffbruch – weder kann von einem Achtungsergebnis noch von einer anregenden Diskussion wie etwa bei der 1:12-Initiative gesprochen werden – war zwar so nicht abzusehen, hat aber klare Gründe. Und die liegen nicht nur darin, wie die GSoA in ihrem Kommentar ausführte, dass sich die Parteileitungen von SP und Grünen nicht ins Zeug legten, obwohl sie die Wehrpflichtinitiative offiziell unterstützten (es kann da eher von einer Arbeitsverweigerung gesprochen werden). Dass sich auch deren Basis querstellte, hatte andere Gründe.

Man muss es deutlich aussprechen, in erster Linie ist die Absenderin schuld. Die GSoA hat ihre eigene Initiative nicht ernst genommen und musste auch nicht ernst genommen werden. Seit zwanzig Jahren hat sie sich die Abschaffung der Armee auf die Fahnen geschrieben. Ihr unvermitteltes Engagement für eine Freiwilligenarmee war intern wie extern nicht glaubwürdig. Es gelang der GSoA denn auch nicht, auch nur im Ansatz überzeugende Modelle einer Freiwilligenarmee zu entwickeln. Ihr Abstimmungskampf beschränkte sich auf blödelnde Plakate («Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen») und haarsträubende Argumente wie etwa, dass keine Wehrgerechtigkeit herrsche, weil es für die Frauen keine solche Pflicht gebe...

So konnte sich das gegnerische Lager darauf beschränken, die GSoA als grundsätzliche Gegnerin der Armee zu apostrophieren. Dass sie diese mit einer einzigartigen und aufwändigen Imagekampagne belohnte (bis in den letzten Winkel der Schweiz ist der 'Brand' GSoA wieder ein Begriff), hat nichts mit heimlichen Sympathien zu tun, sondern war eine Investition der Volksarmisten und des VBS-Chefs Ueli Maurer, um armeefreundlichen Goodwill für den als ungleich wichtiger eingeschätzten Gripen-Ankauf zu schaffen.

Die Vox-Analyse zur Abstimmung hat denn auch ergeben, dass praktisch jeder zweite Stimmende – und zwar auf beiden Seiten – die Abstimmung als einen Grundsatzentscheid über die Armee einstufte. Das mag für Maurer wie die GSoA erfreulich sein, fürs Thema war es nicht zielführend. Übrigens konstatiert die Vox-Analyse, dass für fast 60% das Kostenargument nicht ausschlaggebend war. Die Gripen-Gegnerschaft sollte deshalb nicht allzu sehr auf dessen Kosten herumreiten, sondern handfestere Argumente anführen. (pw)

Fortsetzung von Seite 1

Russland, China, Frankreich und England + Deutschland) zu verhindern, das die Sorge vor einer iranischen Atombombe endgültig aus der Welt schafft und damit auch den Konflikt um Teherans Atomprogramm beilegt. Sollte die unheilige Allianz Erfolg haben, würde die Gefahr eines Krieges mit Iran grösser als je zuvor.

Manche Beobachter befürchten, prophezeien oder hoffen insgeheim sogar, Teheran werde sich nicht an die Genfer Vereinbarung halten. Doch diese Gefahr ist aus zwei Gründen sehr gering: Wegen der in dem Abkommen vereinbarten rigiden Kontrollen der iranischen Atomanlagen. Und wegen des hohen Interesses der iranischen Führung um Präsident Hassan Rohani an möglichst baldigen weiteren Sanktionserleichterungen, die über die jetzt von den USA und der EU gemachten Zusagen hinausgehen.

Weitreichende Kontrolle und Überwachung

Die in der Vereinbarung vorgesehenen Kontrollen reichen viel weiter als Irans völkerrechtliche Verpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag: An allen iranischen Atomanlagen werden Überwachungskameras installiert. Die Inspektoren der IAEA sollen täglichen Zugang zu den Uran-Anreicherungsanlagen Natans und Fordo erhalten, zu den Produktions- und Lagerstätten für Zentrifugen sowie zu den iranischen Uranminen und den Anlagen zur Verarbeitung des in den Minen geförderten Natururans. Auch die Häufigkeit der IAEA-Inspektionen des noch im Bau befindlichen Schwerwasserreaktors in Arak soll deutlich erhöht werden.

Schliesslich verpflichtet sich Iran, innerhalb der nächsten drei Monate der IAEA die schon seit Jahren vergeblich verlangten Bau-dokumente und Unterlagen zum Betriebsablauf sämtlicher Atomanlagen des Landes zu übergeben. Auf diese Weise lässt sich überprüfen, ob Iran unter Verstoß gegen die Genfer

Vereinbarung Uran weiterhin auf über 5 Prozent anreichert, neue Zentrifugen in den Anreicherungsanlagen installiert und in Betrieb nimmt oder den Bau des Schwerwasserreaktors in Arak fortsetzt.

Rohani braucht Sanktionserleichterungen

Würde Iran den IAEA-Inspektoren den vereinbarten Zugang verwehren oder die Überwachungskameras manipulieren, würde das sofort auffallen und sofort zu einem Abbruch der von USA und der EU zugesagten Sanktionserleichterungen führen sowie wahrscheinlich zur Verhängung neuer, verschärfter Sanktionen zumindest durch den US-Kongress, vielleicht auch durch die EU. Doch Präsident Rohani braucht dringend weitere Sanktionserleichterungen. Denn die bisherigen Zusagen von USA und EU summieren sich im Gesamtwert gerade mal auf 7,1 Milliarden Dollar. Darunter sind eingefrorene iranische Auslandsguthaben in Höhe von rund 5,1 Milliarden US-Dollar, die jetzt freigegeben werden sollen.

Zudem wollen Washington und Brüssel einige Sanktionen gegen die iranische Automobilindustrie, Gold und Edelmetalle sowie gegen den Export petrochemischer Güter vorläufig aufheben. Iranische Fluglinien, die weiterhin überwiegend Flugzeuge aus US-amerikanischer oder europäischer Produktion fliegen, sollen wieder Zugang zu Ersatzteilen und Wartungsservice erhalten. Zudem sollen internationale Geldtransaktionen für humanitäre Zwecke (Nahrungsmittel, Medikamente) von den Finanzsanktionen ausgenommen werden. Für die Ausbildung iranischer Studenten im Ausland wollen USA und EU rund 400 Millionen US-Dollar freigeben.

Verstöße Teherans sehr unwahrscheinlich

Das harte Sanktionsregime insbesondere gegen Öl- und Finanztransaktionen soll aber bis zur Vereinbarung eines endgültigen Abkommens bestehen bleiben. Doch wenn Rohani innenpolitisch gegenüber den Mullahs und seinen konservativen Kritikern bestehen will, muss er möglichst bald auch die Lockerung und schliesslich gänzliche Aufhebung dieses Sanktionsregimes erreichen. Das wird er nur erreichen, wenn Iran die Genfer Vereinbarung einhält und mit der Staatengruppe P5+1 ein umfassendes Abkommen schliesst, das die Sorge vor einer iranischen Atombombe endgültig aus der Welt schafft.

Angesichts dieser Interessenlage ist auch höchst unwahrscheinlich, dass Iran neben seinen bekannten und in der Genfer Vereinbarung erwähnten Nuklearanlagen derzeit noch eine weitere, bislang geheimgehaltene Einrichtung baut oder gar schon betreibt. Das Bekanntwerden einer solchen Einrichtung würde die Genfer Vereinbarung zerstören und zu einer sofortigen Verschärfung der Sanktionen führen. Eine oppositionelle Volksmujaheddin-Gruppe hatte zwar vor der letzten Genfer Verhandlungsrunde die Existenz einer geheimen Urananreicherungsanlage behauptet. Doch weder der IAEA noch den Regierungen und Geheimdiensten der USA und Israels liegen entsprechende Erkenntnisse vor.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Tel. +41 (0)44 242 93 21

info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch

PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt

Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler,

Francine Perret, Ingrid Jaradat Gassner u.a.

Bilder: Titelseite Michel Kichka. 4/5: ICAN.

10/11+14/15: Francine Perret. 18: Grosjean.

Druck: gdz AG, Zürich

Auflage: 2000 Ex., Dezember 2013

Die Friedenszeitung erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–

ISSN 1664-4492



No. 01-13-381513 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership



Aufruf zum Rückzug der Banken aus Investitionen in Atomwaffen

Anfang November 2013 wurde der Schweizer Zweig der internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) gegründet. Die Kampagne will analog der Aktivitäten für eine Ächtung von biologischen und chemischen Waffen, der Landminen oder der Streumunition einen internationalen Vertrag über ein vollständiges Verbot von Atomwaffen erreichen. Im Vordergrund der ICAN-Arbeit steht eine Kampagne zum Disinvestment, d.h. zum Rückzug der Finanzierung von Atomwaffenproduzenten – so auch gegen Schweizer Banken und Investmentfirmen, insbesondere die UBS und die Credit Suisse.

/ Peter Weishaupt /

Seit 2007 arbeitet die in Genf domizilierte *International Campaign to Abolish Nuclear Weapons* ICAN, getragen u.a. von den Ärzten gegen den Atomkrieg IPPNW, als Koalition von Organisationen in über 80 Staaten daran, die Bedrohung durch Atomwaffen wieder auf die internationale Agenda zu setzen. Im Rahmen eines von den *Swiss Youth Bans the Bomb*, sozusagen der Jugendorganisation der ICAN, organisierten Seminars über Atomwaffen wurde am 1. November 2013 im Dunant-Dorf Heiden

AR die ICAN Schweiz gegründet, der neben weiteren atomkritischen Gruppen auch der Schweizerische Friedensrat angehört.

UBS und CS finanzieren Atomwaffenfirmen

Die Schweiz verfügt zwar über keine eigenen Atomwaffen, sie ist auch keinem Sicherheitsbündnis beigetreten, das über solche verfügt. Der Bundesrat strebt zudem an, «dereinst auch den Besitz von Atomwaffen verifizierbar zu verbieten (siehe Kasten «Aussenpolitische Beteuerungen» auf Seite 5). Doch trägt unser Land aber mit den sogenannten 'zivilen' Kraftwerken zur Verankerung der internationalen Atomwirtschaft und ihres atomaren Kreislaufes bei. Und ist mit ihrem bedeutenden Finanzplatz durch umfangreiche Investitionen in internationale Firmen und deren Zulieferern, die sich mit der Herstellung von Atomwaffen beschäftigen, auch direkt und indirekt daran beteiligt, mit Atomwaffen Geschäfte zu machen. Die Schweiz taucht denn auch in einem von der ICAN herausgegebenen Report «Don't Bank on the Bomb» vom März 2012 auf, in dem über 300 der weltweit grössten Unternehmen in 30 Ländern aufgelistet sind, die Geld in Atomwaffenproduzenten investieren (siehe rechte Spalte).

Sieben Finanzinstitute sind darin aufgeführt, neben den nicht weiter verwunderlichen Hauptverdächtigen in Zürich sitzenden internationalen Finanzdienstleistern UBS und Credit Suisse findet man auch den Zürcher Rückversicherer Swiss Re (Swiss Reinsurance Company), die kleine Genfer Investmentbank Jabre Capital Partners, die Zürcher Bank Julius Bär, die Genfer Privatbank Pictet & Cie. sowie den Berner Vermögensverwalter und Fondsanbieter der Schweizer Kantonalbanken, Swisscanto. Im neusten, auf den Oktober 2013 überarbeiteten «Don't Bank on the Bomb»-Report, an dem auch die renommierte niederländische Friedensorganisation IKV / Pax Christi mitgearbeitet hat, findet man weitere Finanzinstitute wie die GAM Holding, doch einige wie die Swiss Re, die Swisscanto oder Julius Bär werden nicht mehr aufgeführt. Sie haben sich aus dem Geschäft mit 'umstrittenen' Waffenprodukten zurückgezogen. Was ist geschehen?

Wegweisendes Instrument zur Unterbindung der Finanzierung verbotener Waffen

Möglicherweise eine teilweise Einsicht, in verbotene Geschäfte verwickelt zu sein oder werden zu können und aus Angst vor weiteren Reputationsschäden. Denn seit Kurzem verfügt die Schweiz über ein sich wegweisendes Instrument zur Unterbindung von Atomwaffenfinanzierungen. Eher überraschend war es seinerzeit im Zusammenhang mit dem Beitritt des Landes zu einem internationalen Verbot von Streumunition gelungen, im Kriegsmaterialgesetz (KMG) einen Passus zu verankern, der mit den neuen Artikeln 8b und 8c die direkte und indirekte Finanzierung von verbo-

Fortsetzung nächste Seite

Schweizer Finanzierung von Atomwaffenproduzenten

Der ICAN-Report «Don't bank on the bomb» vom März 2012 sowie die aktualisierte Ausgabe vom Oktober 2013 vermerken folgende Geschäftsbeziehungen von Schweizer Finanzinstituten zu Firmen oder ihren Zulieferern, die in den Bau und den Unterhalt von Atomwaffen involviert waren oder sind:

UBS

Die internationale Finanzdienstleisterin UBS in Zürich hält derzeit Aktien, Anleihen und Obligationen sowie gab Bankkredite über insgesamt 3,35 Milliarden Dollar für atomare Rüstungs- und Zuliefererfirmen wie die britische BAE Systems, die amerikanische Flugzeugfirma Boeing, die die interkontinentalen Atomraketen der US-Armee unterhält, den europäischen Rüstungsmulti EADS, die US-Firmen Lockheed Martin, SAIC (Science Applications International Corporation), Fluor, Corporation, Honeywell International sowie Rockwell Collins. Weitere Beteiligungen betreffen General Dynamics, die englische Babcock International sowie die deutsche ThyssenKrupp.

Credit Suisse

Die internationale Finanzdienstleisterin Credit Suisse in Zürich unterhält Investitionen im Umfang von 1,3 Milliarden Dollar an BAE Systems, Boeing, EADS, Huntington Ingalls Industries, Northrop Grumman, Fluor Corp., General Dynamics, Larsen & Toubro und Babcock.

GAM Holding

Die Investitionen des Zürcher Vermögensverwaltungsunternehmens GAM Holding AG in die britische Rüstungsfirma BAE Systems betragen geschätzte 194,78 Mio. Dollar. Das Unternehmen ist mit dem Bau einer neuen Generation von U-Booten beschäftigt, die mit Atomwaffen bestückt werden können.

Pictet & Cie.

Die Genfer Privatbank Pictet & Cie hatte Investments in die US-Rüstungsfirmen General Dynamics sowie Honeywell International. Der neue ICAN-Report vermerkt 2013 nur noch Beteiligungen an der US-Firma Aecom im Wert von 19,29 Mio. Dollar.

Jabre Capital Partners

Die kleine Genfer Investmentbank Jabre Capital Partners investierte in das US-Rüstungsunternehmen Alliant Techsystems, wird aber im neusten ICAN-Report nicht mehr aufgeführt.

Julius Bär

Die Zürcher Bank Julius Bär investierte in den französischen Mischkonzern Safran, hat sich aber daraus zurückgezogen.

Swiss Re

Der Zürcher Rückversicherer Swiss Re (Swiss Reinsurance Company) investierte in General Dynamics und Honeywell International, hat sich aber daraus zurückgezogen.

Swisscanto

Der Berner Vermögensverwalter und Fondsanbieter Swisscanto der Schweizer Kantonalbanken investierte in die Rüstungszulieferer Rolls-Royce und Safran (Frankreich), hat sich aber daraus zurückgezogen.

Kriegsmaterialgesetz (KMG) neu:

Art. 8b KMG

Verbot der direkten Finanzierung

Abs. 1: Die direkte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial ist verboten.

Abs. 2: Als direkte Finanzierung im Sinne dieses Gesetzes gilt die unmittelbare Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen zur Bezahlung oder Bevorschussung von Kosten und Aufwendungen, die mit der Entwicklung, der Herstellung oder dem Erwerb von verbotenem Kriegsmaterial verbunden sind.

Art. 8c KMG

Verbot der indirekten Finanzierung

Abs. 1: Die indirekte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial ist verboten, wenn damit das Verbot der direkten Finanzierung umgangen werden soll.

Abs. 2: Als indirekte Finanzierung im Sinne dieses Gesetzes gilt:

a) die Beteiligung an Gesellschaften, die verbotenes Kriegsmaterial entwickeln, herstellen oder erwerben.

b) der Erwerb von Obligationen oder anderen Anlageprodukten, die durch solche Gesellschaften herausgegeben werden.

tenen Waffen untersagt. Was nicht einmal die Streumunitionskonvention selber verlangt – ein Erfolg der Antiminenkampagne, der sich segensreich auswirken könnte. Ein solches Finanzierungsverbot ist weltweit einzigartig.

Am 1. Februar 2013 ist dieses revidierte Gesetz in Kraft getreten. Auch wenn die Atomwaffen (noch) nicht völkerrechtlich völlig verboten sind, fallen darunter auch sämtliche ABC-Waffen, wie der Bundesrat auf eine Interpellation von SP-Nationalrätin Evi Allemann vom 22. März dieses Jahres hin bekräftigt hat. Sie hatte sich nach der konkreten Umsetzung dieses Artikels anhand der Finanzierung von Atomwaffen im KMG erkundigt. Die Regierung beantwortete am 15. Mai ihre Fragen wie folgt:

Atom-Finanzierung explizit verboten

«Unter den im Kriegsmaterialgesetz (KMG) in den Artikeln 7 und 8 genannten Waffen sind lediglich die Kernwaffen nicht durch ein völkerrechtliches Instrument verboten. Die Schweiz setzt sich deshalb für deren Delegitimierung ein und befürwortet ein völkerrechtliches Kernwaffenverbot. Dagegen sind die Kernwaffen, wie auch biologische und chemische Waffen, Antipersonenminen sowie Streumunition, im KMG als verbotenes Kriegsmaterial aufgeführt. Die direkte und indirekte Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial ist durch die Anpassung des Gesetzes explizit verboten worden.

Grundsätzlich obliegt die Einhaltung des Finanzierungsverbots im KMG den entsprechenden Normadressaten. Die betroffenen Wirtschaftssubjekte selbst haben ein starkes Eigeninteresse daran, das Finanzierungsverbot einzuhalten. Bei einer Widerhandlung drohen einerseits Freiheits- und Geldstrafen, andererseits müssen fehlbare Unternehmen und Personen mit bedeutenden Reputationsschäden rechnen, falls ihr widerrechtliches Verhalten

publik wird. In Einzelfällen könnte dies, weil die Geschäftspartner auf Distanz gehen, gar die weitere Geschäftstätigkeit eines Unternehmens infrage stellen.

Das Seco verfügt über Hinweise...

Das hauptsächlich für den Vollzug des KMG zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft Seco diskutiert seit einiger Zeit mit Vertretern der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma), des Bundesamtes für Justiz sowie des EDA die teilweise sehr komplexen Fragen zur Umsetzung des Finanzierungsverbots. Im Kontakt stehen diese Behörden zudem mit der Schweizer Bankiervereinigung, den Grossbanken sowie weiteren Finanzdienstleistern, welche sich mit ihren Anliegen an das Seco gewandt haben. Zur Durchsetzung des Finanzierungsverbots werden gezielte Kontrollen durchgeführt, wenn die dafür zuständigen Behörden über Hinweise verfügen, dass ein Verstoß vorliegen könnte. Ist dies der Fall, wird ein Strafverfahren eingeleitet. Eine weiter reichende, systematische und proaktive Kontrolle wäre nur mit zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen möglich. (...)

Das in der Sache hauptverantwortliche Seco verfügt neben dem von der Interpellantin genannten ICAN-Bericht über weitere öffentlich zugängliche Hinweise, wonach gewisse Schweizer Firmen in der Vergangenheit Geschäfte getätigt haben, die unter dem am 1. Februar 2013 in Kraft getretenen Finanzierungsverbot unzulässig sein könnten. Wie bereits ausgeführt, steht das Seco seit längerer Zeit mit verschiedenen Marktsubjekten im Kontakt, um die Umsetzung der neuen Gesetzesbestimmungen sicherzustellen. Letztlich liegt die Verantwortung zu deren Einhaltung jedoch bei den jeweiligen Normadressaten.»

Meist Investitionen in Mischkonzerne

Auf die beiden Grossbanken scheinen die Seco-Diskussionen sowie Gespräche im Juni und Herbst 2012 mit VertreterInnen der PSR/IPPNW Schweiz, die um eine Audienz bei der UBS und der Credit Suisse gebeten hatten, um über ihre Beteiligungen an Atomwaffenfirmen zu diskutieren, aber noch keinen grossen Eindruck gemacht zu haben. Sie verstärkten ihr Engagement gemäss dem aktualisierten ICAN-Bericht sogar noch. Beide Banken berufen sich dabei darauf, dass es sich erstens nicht um ihre eigenen Investitionen handle, sondern um diejenigen ihrer Kundinnen und Kunden. Weshalb letztere dafür verantwortlich seien und nicht die Bank. Und verweisen darauf, dass die genannten Firmen bei Weitem nicht ausschliesslich mit der Herstellung und Instandhaltung von Atomwaffen beschäftigt sind, sondern wie heutzutage fast alle Mischkonzerne sind, die ganz verschiedenartige Geschäfte tätigen oder höchstens als Zulieferer in Frage kämen. Die Investitionen dienten meist allgemeinen Refinanzierungen.

Alle nur Zulieferer und nicht Hersteller?

In einem Brief an die 'Wochenzeitungs'-Journalistin Susan Boos beispielsweise führt die Swisssanto, das Gemeinschaftsunternehmen der Kantonalbanken aus, dass die ihnen zugeschriebenen Firmen Rolls-Royce und Safran 'nur' Komponenten für Atomwaffen lieferten: «Der Bau der Trägerrakete oder von Trägersystemen erfolgt durch andere Unternehmen. Eine Rakete wird erst mit einem Atomspren-

kopf zur Atomwaffe.» Safrans Tochterunternehmen Herakles liefere beispielsweise das Antriebssystem für die U-Boot-gestützte Interkontinentalrakete M51. Der Bau der Rakete selber erfolge durch ein anderes Unternehmen. Die atomaren Sprengköpfe seien im Besitz des französischen Militärs. «Deshalb erachten wir Safran als Lieferanten und nicht als Hersteller von Atomwaffen.»

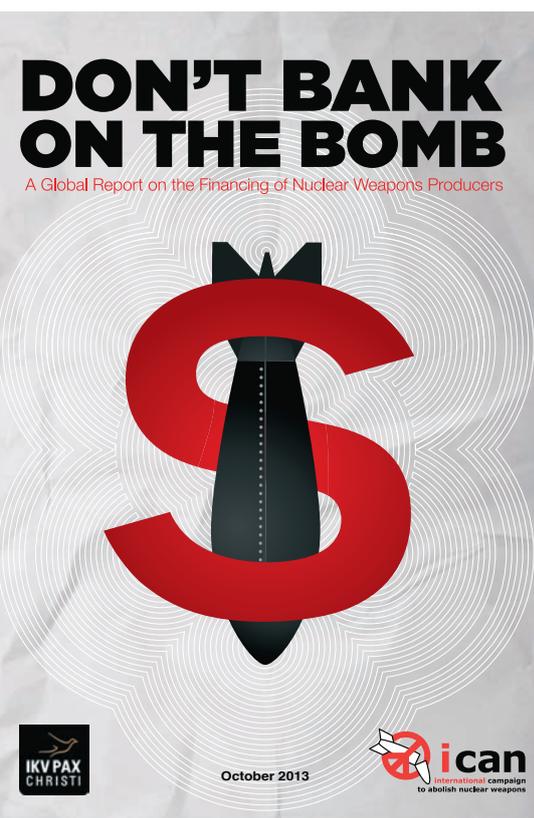
Das gleiche gelte für Rolls-Royce: «Die Gruppe liefert Nuklearantriebe für U-Boote des englischen Militärs. Dazu gehören auch U-Boote, die atomare Raketen abschiessen können. Die U-Boote werden von anderen Unternehmen gebaut. Deshalb erachten wir Rolls-Royce als Lieferanten und nicht als Hersteller von Atomwaffen.» Damit ist Ican ganz und gar nicht einverstanden, beide Firmen müssten auf der Verbotsliste stehen, weil sie eine tragende Rolle bei der Modernisierung der britischen resp. französischen Atomwaffen spielen würden.

Strafverfolgung nur bei Vorsatz

Weitere 'Definitionsschwierigkeiten' gibt es mit den neuen Bestimmungen des KMG. Beispielsweise sind davon keine direkten und indirekten Finanzierungsgeschäfte erfasst, wenn sie von Schweizer Banken über ausländische Ableger getätigt werden; nach Auslegung des Seco ist das KMG grundsätzlich territorial angeknüpft. Und die indirekte Finanzierung ist nur dann untersagt, wenn damit die direkte umgangen wird (siehe Kasten Artikel 8b und 8c des KMG). Im Weiteren kommt dazu, dass die Strafbestimmungen des Artikels 35b gegen Zuwiderhandlungen gegen das Finanzierungsverbot für Firmen oder Banker – Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen – nur dann zur Geltung kommen, wenn ein Vorsatz nachgewiesen werden kann. Nimmt ein Täter die Möglichkeit einer Widerhandlung lediglich in Kauf, so macht er sich nicht strafbar. In der Praxis heisst das wohl, dass es kaum je zu einer entsprechenden Verurteilung kommen wird, denn einen Vorsatz nachzuweisen, ist fast unmöglich.

VertreterInnen von ICAN, IPPNW und der Swiss Youth Bans the Bomb werden weiterhin versuchen, sowohl mit den involvierten Grossbanken über ihr Disinvestment wie mit dem Seco über die konkrete Auslegung der KMG-Artikel 8b und c im Gespräch zu bleiben. Im nächsten Jahr ist eine eigentliche grössere Disinvestment-Kampagne geplant. Von der UBS und der Credit Suisse verlangen sie, das Verbot zur direkten und indirekten Finanzierung von Atomwaffen umzusetzen und einzuhalten und die Kontrolle kritischer Finanzgeschäfte in die bestehenden Compliance-Abteilungen zu integrieren (siehe die Resolution für eine zukunftsgerichtete Atomwaffenpolitik der Schweiz auf Seite 9).

Vorbild dafür könnte die Genfer Bank J. Safra Sarasin sein, die in ihrem Geschäftsbericht von 2012 Prinzipien über die Finanzierung von «controversial weapons» formuliert hat. Danach werden Atomwaffen als solche kontroversen Waffen betrachtet und Investitionen in Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, unterlassen. Auch soll kein entsprechendes Asset-Management oder eine Investitionsberatung für solche Firmen mehr getätigt werden. Die Bank hat auch spezielle Richtlinien für eine nachhaltige Produktlinie erstellt.



Es gibt bereits internationale Konventionen, die Biowaffen, Chemiewaffen, Antipersonen-Landminen und Streumunitionen verbieten. Bisher gibt es keinen vergleichbaren Vertrag über Atomwaffen. Die Staatengemeinschaft muss diese völkerrechtliche

Anomalie beenden. Wie im Falle der Verhandlungen um die Landminen- und Streumunitionsverbote sollten gleichgesinnte Regierungen in enger Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und unabhängig vom Widerstand der Atomwaffenstaaten voranschreiten.



X BIOLOGISCHE WAFFEN

Verboten durch die Biowaffenkonvention

1972



X CHEMISCHE WAFFEN

Verboten durch die Chemiewaffenkonvention

1993



X LANDMINEN

Verboten durch die Ottawa-Konvention

1997



X STREUMUNITION

Verboten durch das Übereinkommen über Streumunition

2008



ATOMWAFFEN

NOCH NICHT VERTRÄGLICH VERBOTEN

Zum Schwerpunkt dieser Ausgabe über Atomwaffen

Heiden: Vom Gedenken an Dunant zum Einsatz gegen Atomwaffen

Henry Dunant lebte von 1892 bis zu seinem Tod in Heiden AR, im ehemaligen Bezirkskrankenhaus. Dort befindet sich heute ein Dunant-Museum. Nicht zuletzt auf Betreiben von Bertha von Suttner erhielt er 1901 den ersten Friedensnobelpreis, gemeinsam mit dem französischen Pazifisten Frédéric Passy. 2010 jährte sich zum hundertsten Mal Dunants Todestag. Für Heiden war dies der Anlass, ein eindrückliches Jubiläumsjahr auf die Beine zu stellen. Im Rahmen dieses Jubiläums fand auch ein internationales Jugendcamp für Humanität und Frieden statt. Rund 120 Jugendliche aus 36 Nationen und allen Landesteilen der Schweiz nahmen daran teil.

Das Dunant-Jahr bildete einen Höhepunkt im Gemeindeleben und die Bestärkung ihres Friedensengagements. Bereits 2008 war die Gemeinde der internationalen Vereinigung «Mayors for Peace» (Bürgermeister für den Frieden) beigetreten. Diese wurde 1982 von den Stadtpräsidenten von Hiroshima und Nagasaki ins Leben gerufen. Derzeit sind über 5800 Städte aus 158 Ländern Mitglied der Vereinigung, darunter 21 aus der Schweiz.

Die Nagasaki Peace Bell

Am 30. April 2011 konnte die Nagasaki Peace Bell beim Dunant-Museum in Heiden eingeweiht werden. Nach dem Atombombenabwurf auf Nagasaki am 9. August 1945 wurde in den Trümmern der Kathedrale, die in der Nähe des

Explosionszentrums gestanden war, die praktisch unbeschädigte Angelus-Glocke gefunden. Für die Überlebenden in Nagasaki wurde sie zum Symbol des Friedens, zur Peace Bell, der Friedensglocke. Um den Friedensgedanken in die Welt hinaus zu tragen wurden symbolische Orte, wie etwa der Friedenspark in Nagasaki, St. Petersburg, Honolulu oder Hiroshima mit einer Kopie der Peace Bell beschenkt. Im Gedenken an die langjährigen guten Beziehungen des Roten Kreuzes und zur Ehrung von Henry Dunant erhielt auch Heiden eine Peace Bell. Seit ihrer Einweihung wird sie immer mindestens am 9. August und am 30. Oktober an einer Zeremonie geläutet.

Der Nuclear-Free Future Award

Als Höhepunkt des Symposiums «Atomfrei denken» in Heiden erfolgte am 29. September 2012 die Verleihung der «Nuclear-Free Future Awards» (NFFA). Mit ihnen werden besonders engagierte Personen unterstützt, ihre Anstrengung für einer Zukunft frei von Atomwaffen und Atomkraft fortzusetzen. In vorbildlicher Weise leisten die PreisträgerInnen des NFFA Widerstand, klären auf oder zeigen Lösungen auf. In Heiden ausgezeichnet wurden

- Gabriela Tsukamoto, Bürgermeisterin der Ortschaft Nisa/Portugal, für ihren Widerstand gegen den geplanten, grossflächigen Abbau der im Gebiet von Nisa vermuteten sechs Millionen Tonnen Uran;
- Katsumi Furitsu, Ärztin aus Japan, für ihre Aufklärungsarbeit und ihren Einsatz während und nach der Katastrophe von Fukushima;
- Yves Marignac, Wissenschaftler aus Paris, für seine wegweisenden Forschungsarbeiten rund um das Projekt «négaWatt»;
- Sebastian Pflugbeil: der deutsche Physiker erhielt den Ehrenpreis «Lebenswerk»;
- Susan Boos: Die woz-Journalistin erhielt den Ehrenpreis «Besondere Anerkennung».

Organisiert hatten das Symposium und die Preisverleihung der Vereinigung Dunant2010plus und die Schweizer Sektion der Ärzte gegen den Atomkrieg und für soziale Verantwortung (IPPNW).

Symposium «Swiss Youths Bans the Bomb»

Diese erfolgreiche Zusammenarbeit rief geradezu nach einer Fortsetzung. So haben die Gruppierungen die Initiative ergriffen für das Symposium «Swiss Youth Bans the Bomb», das nach dem Auftakt mit dem Dunant-Gedenkabend am 30. Oktober 2013 an den beiden folgenden Tagen in Heiden stattgefunden hat. Am 31. Oktober wurde parallel in zwei Gruppen gearbeitet, die eine mit rund 60 Gymnasiasten des Gymnasium Trogen, die andere mit rund 65 Studierenden von Schweizer Universitäten, die sich für das Symposium melden konnten. Den Abschluss bildeten am 1. November eine Reihe von Vorträgen und die formelle Gründung von ICAN Schweiz (International campaign to abolish nuclear weapons), der auch der Schweizerische Friedensrat angehört.

Wir widmen einen Schwerpunkt dieser Nummer dem Symposium. Wir dokumentieren die Finanzierung von Atomwaffenproduzenten aus der Schweiz, gestützt auf eine Dokumentation von ICAN, und drucken die Rede des ehemaligen Bundesrates Moritz Leuenberger am Dunant-Gedenktag ab, ebenso wie jene des appenzellischen Regierungsrates Matthias Weishaupt am Schlussstag des Symposiums. Den Abschluss macht die Resolution von «Swiss Youth Bans the Bomb», die von den Studierenden am Symposium diskutiert und verabschiedet wurde. Aus Zeitmangel konnte der Kantonsschullehrer und Friedensaktivist Hans Fässler sein Referat «Betrachtungen über drei Fischen-Einträge» am Symposium nicht halten. Sein Referat ist zu finden unter <http://swissyouthbansthebomb.ch>, in der Rubrik «outcomes».

Redaktion



Kontakt: Annette Willi, ICAN Europe-Middle East-Africa
150 route de Ferney, 1211 Genf, Tel. 078 760 66 21
www.ican.org

Atombomben: Feuer ohne zeitliches Ende

Zum Abschluss des Seminars von *Swiss Youth Bans the Bomb* am 1. November 2013 in Heiden AR hielt der Appenzell-Ausserrhodener Gesundheitsdirektor Matthias Weishaupt eine Rede, die wir hier leicht gekürzt dokumentieren (Untertitel durch Red.).

/ Matthias Weishaupt /

Am 30. Oktober, zum Auftakt der Gedenkfeier des 103. Todestages von Henry Dunant, wurde beim Dunant-Museum hier in Heiden die Friedensglocke von Nagasaki geläutet (siehe Kasten rechts). Jeder Glockenschlag ist eine eindringliche Erinnerung an die Katastrophe vom 9. August 1945. Jeder neue Glockenschlag ermahnt uns, gemeinsam für eine atomwaffenfreie Welt und für den weltweiten Frieden einzustehen.

Ein Feuer, das sich nie mehr löschen lässt

Die Friedensglocke von Nagasaki hat eine einzigartige Geschichte. Am 9. August 1945, um 11.02 Uhr, nach der Zündung der zweiten Atombombe, blieb die Angelus-Glocke der Urakami-Kathedrale fast unversehrt erhalten. Angesichts der weitgehenden Zerstörung des Stadtteils Urakami und der Kathedrale sowie angesichts der vollständigen Zerstörung der anderen Glocken erschien den Überlebenden die Unversehrtheit der Angelus-Glocke als ein Wunder. In der hoffnungslosen Lage nach der atomaren Zerstörung erkannten die Überlebenden in dieser Glocke ein Zeichen der Hoffnung. Die Friedensglocke erlangte so eine wichtige symbolische Bedeutung beim Wiederaufbau der Stadt, für das Gedenken an die Opfer der atomaren Zerstörung und im Kampf für die nukleare Abrüstung.

Die Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 hatten eine Zerstörung von unvorstellbarem Ausmass zur Folge. Über 200'000 Menschen starben in der atomaren Hitze- und Druckwelle, noch mehr Menschen starben innert Jahresfrist an Strahlenschäden. Ungezählt sind die Kriegstoten auf Zeit – die Hibakusha, die überlebenden Opfer und deren Nachkommen, die Jahre und Jahrzehnte später an den Folgen der atomaren Verstrahlung starben und sterben.

Die beiden atomaren Explosionen übertrafen in ihrer kriegerischen Zerstörung alles, was die Menschheit je erfahren hatte. Das Ausmass der Vernichtung von Menschenleben und der Zerstörung von Kultur und Natur überstieg jede menschliche Wahrnehmungs- und Vorstellungskraft. Die Bomben machten deutlich, welches grauenhafte Feuer die atomare Kernspaltung zu entfachen vermag:

Ein Feuer, das sich nie mehr löschen lässt. Ein Feuer, das keinen letzten Funken kennt. Ein Feuer mit einer Glut, die unsichtbar weiterglimmt. Das atomare Feuer ist ein Feuer ohne zeitliches Ende. – Ein Feuer, das nur die Halbwertszeit kennt.

Herkömmliche Hilfe wurde völlig hilflos

Selbst in der herkömmlichen militärischen Terminologie konnten die Erfindung und der Einsatz der beiden Atombomben nicht mehr als Fortschritt bezeichnet werden. Kurzfristig wurde zwar die Kapitulation des japanischen Kaisersreiches am 2. September 1945 erzwungen; offiziell bedeutete dies das Ende des Zweiten Weltkrieges. Bald aber wurde klar, dass sich der Einsatz von atomaren Waffen als zerstörerisch für die ganze Welt erweist. Der Atomschlag bedeutete nicht das Ende eines Krieges zwischen

verfeindeten Nationen. Der Atomschlag bedeutete den Anfang eines unendlichen Krieges des Menschen gegen sich selbst. Im atomaren Inferno verlieren Begriffspaare wie Anfang und Ende, Angriff und Abwehr oder Krieg und Frieden ihren Sinn und ihre Bedeutung.

Auch die herkömmliche Vorstellung von Hilfe und Hilfeleistung verlor im August 1945 ihren Sinn. Die Hilfe, die Menschen in zivilen oder militärischen Katastrophen leisten konnten, war im atomaren Feuer hilflos geworden. Die humanitäre Hilfe, die von den Rot-Kreuzvätern begründet und von der Organisation des IKRK weiterentwickelt und ausgebaut worden war, erwies sich angesichts der atomaren Zerstörung als ohnmächtig.

Das atomare Feuer entzündete Wunden, bei denen jede Wundheilung versagte. Das atomare Feuer fügte Wunden zu, die unsichtbar und damit nicht heilbar waren. Die atomare Glut brannte und brennt in den Kriegsofopfern und ihren Nachkommen weiter. Kein Mittel kann diese atomare Glut erstickern. Die Ohnmacht der Helfenden ist angesichts der atomaren Katastrophe absolut. Folgerichtig betonte der ehemalige IKRK-Präsident Jakob Kellenberger zu Beginn der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages vom Mai 2010 in New York: «Die zerstörerische Kraft solcher Waffen ist mit dem humanitären Völkerrecht nicht zu vereinbaren.»

Militärische und 'friedliche' Atomnutzung

Wenn wir uns für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen, so müssen wir uns bewusst sein, dass die Kernforschung, die Herstellung von Atomwaffen und die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie eng miteinander verknüpft sind. Die Wissenschaftsgeschichte zeigt dies eindeutig: Die Entdeckung der Spaltung eines Atomkerns, der Bau des ersten Atomreaktors 1942 und die Zündung der beiden Atombomben Anfang August 1945 sind eng miteinander verflochten. Die zugrunde liegende Technik und deren unkontrollierbaren Folgen sind dieselben.

Kernwaffen und Kernreaktoren entspringen dem gleichen Geist. Die militärische Nutzung der Kernspaltung lässt sich von einer so genannt friedlichen Nutzung nicht trennen: In beiden Fällen, bei der militärischen und der kommerziellen Nutzung, wird mittels Kernspaltung eine unvorstellbar grosse Menge an Energie freigesetzt. In beiden Fällen werden atomare Abfallprodukte, die radioaktiven Spaltprodukte, erzeugt. Sie entziehen sich unserer Kontrolle. Niemand ist in der Lage, dafür Verantwortung zu übernehmen. In beiden Fällen werden Prozesse – Kettenreaktionen – in Gang gesetzt, die unkontrollierbar ablaufen und deren Folgen wir nicht abschätzen können.

Der Unterschied zwischen der militärischen und der zivilen, kommerziellen Nutzung der Kernenergie ist ein gradueller, aber kein grundsätzlicher: Bei der Zündung einer Atombombe werden die Kettenreaktion einer unkontrollierbaren Kernschmelze und deren unabsehbaren Folgen bewusst ausgelöst. Beim Bau und Betrieb eines Kernreaktors werden die Gefahr einer unkontrollierbaren Kernschmelze

Aussenpolitische Beteuerungen des Bundesrates zu Atomwaffen

Die Schweizer Aussenpolitik unternimmt zwar einige Anstrengungen zur Eindämmung von Atomwaffen (u.a. spielte sie eine diplomatische Rolle in den Vorbereitungen zum Abkommen über das iranische Atomprogramm). Ja, sie «strebt seit langer Zeit an, den Einsatz von Nuklearwaffen analog zum Gebrauch von biologischen und chemischen Waffen zu stigmatisieren und dereinst auch den Besitz von Atomwaffen verifizierbar zu verbieten. Sie ermutigt und unterstützt unilaterale sowie bilaterale Anstrengungen, bestehende Arsenale abzurüsten.» Sie gerät aber, auch analog zur Kontrolle von Waffenexporten und Kleinwaffen, in augenscheinlichen Widerspruch dazu, wenn es darum geht, die löblichen Absichten auch im eigenen Land umzusetzen. Im letztjährigen aussenpolitischen Bericht ist dieses Dilemma ganz vorsichtig unter «Angebotsaspekte» angetönt (Hervorhebung durch Red.):

«Die Schweiz setzt sich für ein Verbot sämtlicher Arten von Massenvernichtungswaffen ein, da diese sowohl für die internationale Sicherheit als auch für die Bevölkerung eine schwerwiegende Bedrohung darstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, will die Schweiz

nicht nur die Abrüstungsbemühungen vorantreiben, sondern auch die Gefahren der Proliferation bekämpfen, wobei sie ein Gleichgewicht zwischen den beiden Aspekten anstrebt. Die Schweiz ist der Auffassung, dass die beiden Dimensionen eng miteinander verbunden sind.

Die schleppenden Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung schwächen deshalb das nukleare Nonproliferationsregime. Und jede tatsächliche oder vermutete Weiterverbreitung von Kernwaffen erschwert die Bemühungen zur nuklearen Abrüstung zusätzlich. *Die Schweiz legt Wert auf ein umfassendes Verständnis von Nonproliferation, das sowohl Angebots- als auch Nachfrageaspekte berücksichtigt. Auf der Angebotsseite gilt es, den Zugang zu Informationen, Materialien und Produkten zu regulieren, um die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu verunmöglichen.* Ebenso muss die Nachfrage nach diesen Waffen eingedämmt werden, die meist strategischem Kalkül und wahrgenommenen Sicherheitsbedürfnissen entspringt.»

Aus dem «Bericht des Bundesrates über die Rüstungskontrolle und Abrüstungspolitik der Schweiz 2012» vom 30.11.2012

ze und deren unabsehbaren Folgen bewusst in Kauf genommen. Die atomaren Katastrophen in Hiroshima und Nagasaki genauso wie diejenigen in Tschernobyl und Fukushima sind humanitäre Katastrophen ohne räumliche und zeitliche Grenzen. Diese humanitären Katastrophen – bewusst ausgelöst oder bewusst in Kauf genommen – gehen uns alle an. Nur ein gemeinsames, weltumspannendes Handeln kann uns vor weiteren Katastrophen bewahren.

Erinnerungskultur überlebenswichtig

Angesichts der unfassbaren Zerstörung bei atomaren Katastrophen blieb und bleibt den überlebenden Opfern wie auch den Helfenden oft nur der Ausweg des Vergessens und Verdrängens. Vergessen und Verdrängen sind zentrale Eigenschaften des menschlichen Gedächtnisses. Die Erinnerungsfähigkeit ermöglicht zwar die zivilisatorischen Leistungen des Menschen. Doch ein Mensch, der nicht vergessen kann, ist nicht lebensfähig.

Gerade nach Katastrophen wären die Überlebenden nicht fähig, von neuem einen Lebensalltag zu gestalten und von neuem einen Lebensrhythmus zu finden, wenn sie nicht die Fähigkeit hätten, das Erlebte zu vergessen und zu verdrängen. Nach atomaren Katastrophen gilt dies in besonderer Weise. Der einzelne Mensch, allen voran das überlebende Opfer, muss seinen Schmerz vergessen können. Eine Gesellschaft darf aber nicht vergessen. Das Ausmass und die Folgen von atomaren Katastrophen – der Schrecken, die Ängste, das Leiden, die Verluste, das Grauen – müssen in Erinnerung bleiben.

Denn politisches und soziales Handeln, das verantwortungsvoll in die Zukunft weist, ist ohne diese Erinnerung nicht möglich. Allein die gemeinsame Erinnerung kann uns davor bewahren, Täter, Opfer oder Zeugen weiterer atomarer Katastrophen zu werden. Es ist unsere Pflicht, diese Erinnerungsarbeit zu erbringen. Was das einzelne Individuum nicht vermag, muss das Kollektiv leisten.

Geschichten, Erzählungen, Bilder und Symbole haben dabei eine wichtige Aufgabe für das kollektive Gedächtnis. Ebenso haben Organisationen und Vereinigungen, Gedenkstätten und Gedenkfeiern, Tagungen und Symposien eine wichtige Funktion bei der Überlieferung dieser Geschichten, Erzählungen, Bilder und Symbole.



Moritz Leuenberger und Matthias Weishaupt beim Schlagen der Nagasaki Peace Bell in Heiden AR am 30. Oktober 2013

Resolution für eine zukunftsorientierte Atomwaffenpolitik der Schweiz

Am 1. November 2013 verabschiedeten die TeilnehmerInnen eines Symposiums der *Swiss Youth Bans the Bomb* in Heiden AR folgende Resolution zur Schweizer Atomwaffenpolitik.

In Memoriam all jener, die durch Atomwaffen ums Leben gekommen sind und *in Gedenken* an jene, die noch immer unter den schicksalsschweren Folgen von Atomwaffen leiden. *In Anbetracht* der speziellen humanitären Funktion der Schweiz als Heimat des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und *im Wissen*, dass sich ein solches Ereignis jederzeit wiederholen könnte, *fordern wir* als junge, verantwortungsbewusste Studierende Schweizer Universitäten Folgendes:

I. Schweizerische Eidgenossenschaft

Von der Schweizerischen Eidgenossenschaft wünschen wir uns ein weiterhin starkes Engagement für eine atomwaffenfreie Welt. Unser Staat anerkennt die Notwendigkeit eines weltweiten Verbots von Atomwaffen und soll als positives Vorbild vorangehen und andere Staaten dazu motivieren, diesen Weg ebenfalls einzuschlagen. Konkret erwarten wir, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft folgende Forderungen erfüllt:

1. Der Bundesrat soll eine öffentliche Absichtserklärung abgeben, dass die Schweiz einen völkerrechtlichen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterstützt und ratifiziert.
2. Ausgehend von dieser Erklärung soll die Schweiz als gutes Vorbild vorangehen und andere Staaten auf diplomatischen Weg dazu anhalten, ebenfalls an der Konferenz zu den humanitären Folgen nuklearer Waffen 2014 in Mexiko teilzunehmen und den angestrebten Vertrag zu unterzeichnen.
3. Die Schweizer Regierung soll andere Staaten dazu einladen, nach der Konferenz in Mexiko und anderen bereits geplanten Zusammenkünften, eine Konferenz in der Schweiz mit dem Ziel eines Vertrags zur Ächtung von Atomwaffen auszurichten.
4. Die Schweiz soll ihre privilegierte Stellung als eine der wohlhabendsten Nationen der Welt dazu nutzen, weiterhin¹ die UNO-Organisationen, NGO und Experten, die sich für ein Verbot von Atomwaffen einsetzen, finanziell zu unterstützen.
5. Wir stellen fest, dass die Umsetzung des Finanzierungsverbots von Atomwaffen nach der Annahme der Revision des Kriegsmaterialgesetzes KMG durch das Parlament unzureichend umgesetzt wird und fordern deshalb, dass:

a) die Schweiz eine Schwarze Liste von Firmen, die Atomwaffen oder Zubehörteile ebendieser

produzieren, erstellt. Es soll einem Schweizer Unternehmen nur dann gestattet sein, in eine solche Firma zu investieren, wenn diese dem Schweizer Unternehmen schriftlich versichert, dass mit seinem Investment keine direkte oder indirekte Finanzierung von Atomwaffen (i.S.v. Art. 8b und 8c KMG) erfolgt.

b) die Bundesbehörden öffentlich klarstellen, dass die gemäss dem Wortlaut der Art. 8b und 8c KMG verbotene Finanzierung von Atomwaffen keinerlei praktische Auswirkungen hat, da der Eventualvorsatz ausgeschlossen wurde. Aufgrund dessen sollen die Bundesbehörden dafür sorgen, dass die Finanzdienstleister ihre Compliance öffentlich und transparent kommunizieren.

II. Schweizer Unternehmen

1. Wir fordern von Schweizer Unternehmen, das Verbot zur direkten und indirekten Finanzierung von Atomwaffen umzusetzen und einzuhalten. Deshalb verlangen wir, dass die Kontrolle kritischer Finanzgeschäfte in die bestehenden Compliance-Abteilungen integriert und effektiv praktiziert wird.

2. Alle in der Schweiz ansässigen Finanzdienstleister sollen ihre Compliance-Strategien in Bezug auf die (verbotene) Finanzierung von Atomwaffen öffentlich und transparent machen.

3. Wir fordern die Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte von Schweizer Firmen dazu auf, persönlich eine Absichtserklärung für die Umsetzung des Verbots gemäss Art. 8b und 8c KMG zu verfassen, zu unterzeichnen und zu veröffentlichen. So setzen die Organe der Finanzdienstleister ein Zeichen, dass es ihnen wichtig ist, weder direkte noch indirekte Finanzierung von Atomwaffen zu tätigen.

4. Wir fordern die Schweizer Finanzdienstleister auf, sich der Diskussion zu stellen und sich aktiv an einer praktikablen Umsetzung des Finanzierungsverbots zu beteiligen.

Wir sind überzeugt, dass die Vernichtung aller atomaren Waffen notwendig ist, um uns und unseren Nachfahren eine lebenswerte Zukunft zu erhalten. *Wir verneinen* mit Nachdruck die Behauptung, dass nur durch das Vorhandensein dieser menschenverachtenden Waffen der weltweite Frieden bewahrt werden kann. Und *wir wünschen uns*, dass sich die Schweiz im Sinne der oben genannten Forderungen weiterhin konstruktiv am internationalen Dialog beteiligt und sich für eine effektive Umsetzung des Finanzierungsverbots in der Schweiz einsetzt.

<http://swissyouthbansthebomb.ch>

1) Vgl. Bericht des Bundesrates über die Rüstungskontrolle und Abrüstungspolitik der Schweiz vom 30. November 2012

Wir wissen um die Kriege in Afrika

Heute vor sehr genau 150 Jahren gründeten 16 Staaten in Genf das Rote Kreuz. Henri Dunant hatte die Vorarbeit als Sekretär des Internationalen Komitees für die Pflege von Verwundeten geleistet. Wichtiger als eine runde Jubiläumzahl ist aber der aktuelle Inhalt des Anlasses und vor allem, was wir daraus machen. Es gibt auch Erinnerungen, die werden wach gehalten, um Hass und Unfrieden am Leben zu erhalten. Es gibt Gedenkfeiern an Schlachten, die werden genutzt, um über Generationen hinweg Feindseligkeiten zu pflegen. Das sind Jubiläen, die wieder böse Taten und Krieg gebären.

Kriege können politisch verhindert werden

Das Gedenken an die Schlacht auf dem Amselfeld war einer der Gründe des Balkankrieges. Wir können aber an eine Schlacht auch so zurückdenken, dass wir uns vornehmen, es dürfe niemals mehr soweit kommen, nicht zu den Folgen, wie sie Henri Dunant sah, aber auch nicht zu den Ursachen selber, nämlich nicht zum Krieg. Es muss auch gar nicht immer eine Schlacht sein, an die wir zurückdenken, es kann auch eine Tat sein, die, wie die Gründung des Roten Kreuzes, Elend eindämmte, oder die gar einen Krieg verhinderte.



In einer japanischen Grundschule wurde ein aussergewöhnliches Foto des Atombombenangriffs auf Hiroshima vom 6. August 1945 entdeckt. Die Schwarzweissaufnahme zeigt den in zwei Teile gespaltenen Atompilz und ist wahrscheinlich eine halbe Stunde nach Abwurf der Bombe aus etwa zehn Kilometern Entfernung gemacht worden. «Die Existenz dieser Aufnahme war in den Geschichtsbüchern immer bekannt, aber es ist das erste Mal, dass tatsächlich ein Abzug entdeckt wurde», erklärte eine Kuratorin des Hiroshima-Peace-Memorial-Museums. Gefunden wurde das aufsehenerregende Foto zwischen Artikeln über den Atombombenangriff, die in der Honkawa-Grundschule in Hiroshima aufbewahrt wurden. Die bekanntesten Bilder der enormen Explosion waren von der US-Armee aus der Luft aufgenommen worden. (TA-Online 9.1.2013)

Eine solche Tat war die Trennung der beiden Appenzell. Sie verhinderte einen blutigen Konfessionskrieg. Indem wir uns das immer wieder, auch nach 400 Jahren in Erinnerung rufen, zeigen wir, dass es eben auch politische Möglichkeiten gibt, Kriege zu verhindern. Die Gründung der EU war auch eine solche politische Massnahme gegen den Krieg in Europa. So können wir uns heute kaum vorstellen, dass, wie bei der Schlacht von Solferino, Österreich und Frankreich gegeneinander in eine Schlacht ziehen würden.

Henri Dunant sah die Schlacht von Solferino und ihre Folgen persönlich. Das Grauen, das sich unmittelbar vor seinen Augen abspielte, war Anlass für sein grosses Werk für die Menschlichkeit. Das zeigt: Je näher wir ein Unglück oder eine Ungerechtigkeit erleben, desto betroffener sind wir. Sagen wir es ganz brutal: Der Tod des eigenen geliebten Haustieres geht uns näher als die Schlagzeile eines Eisenbahnunglücks mit hundert Toten auf einem anderen Kontinent. Mit der Distanz erlahmt unser Mitgefühl und damit auch unser Verantwortungsgefühl.

Lampedusa geht auch uns etwas an

Charlie Chaplin sagte: Wenn du eine Rauferei in 'der Totalen' siehst, musst du lachen. Siehst du sie in einer Nahaufnahme, hast du Mitleid. Die Bürgermeisterin von Lampedusa hat diesen Effekt erkannt. Sie verlangte, dass all die toten Flüchtlinge in ihren Säcken am Ufer gefilmt und in allen TV-Kanälen gezeigt werden, damit die Welt wachgerüttelt werde. Tatsächlich ist dann ein Ruck durch Europa gegangen. Dennoch bleiben die Reaktionen unterschiedlich: In Italien wurden alle Fahnen auf Halbmast gestellt und in den Schulen wurde eine Schweigeminute angeordnet. Nichts davon in der Schweiz, obwohl wir ja auch im Schengen-Abkommen sind und uns Lampedusa auch etwas angeht.

Wir leben heute in einem anderen Kommunikationszeitalter als Henri Dunant. Die Nahaufnahmen sehen wir dank TV und Internet selber am eigenen Bildschirm. Wir wissen, was in der Welt geschieht, auch wenn die Kameras nicht überall sind, wo es Leid und Elend gibt. Aber Lampedusa lässt uns, selbst aus der weiten Entfernung 'der Totalen', die Folgen vorangegangenen Elends sehen.

So wissen wir um die Kriege in Afrika. Wir wissen um die blutigen Kämpfe um Wasser. Wir wissen, wie Militärdienstverweigerer in Eritrea behandelt werden und wir wissen auch, wozu sie benutzt werden, wenn sie für den Krieg eingezogen werden. Kürzlich haben wir in der Schweiz den Asylgrund der Kriegsdienstverweigerung abgeschafft! Der Grund war, dass wir weniger Asylsuchende aufnehmen wollen. Wir wissen aber auch, dass der grosse Teil der Opfer von Lampedusa eben gerade solche Kriegsdienstverweigerer aus Eritrea waren.

Afrika sich selbst überlassen?

Dass wir das ganz gerne verdrängen, ist das eine. Das andere ist, dass es ausdrücklich legitimiert wird. Der Chefredaktor der 'Weltwoche', ein gesuchter Schweizer Journalist in

deutschen TV-Kanälen, sagte dort, Afrika solle sich selber überlassen werden; die Auswanderer gingen uns nichts an. Das ist eine Verhöhnung der Grundsätze von Henri Dunant, nämlich sich für andere Menschen einzusetzen, die von Leid betroffen sind und die sich gegen den Krieg stemmen. Das wiegt umso schlimmer, wenn wir wissen, welche Schuld Europa, auch die Schweiz, gegenüber Afrika und seiner kolonisierten Geschichte trägt. «Afrika soll sich zuerst mal selber in Ordnung bringen.» Das ist wie wenn Henri Dunant in Solferino gesagt hätte: «Was sollen wir uns um diese Verletzten kümmern? Die Regierungen sollen zuerst mal aufhören, Krieg zu führen.»

Ich gebe zu, es stört mich ganz besonders, weil die Haltung des Chefredaktors der Weltwoche in Deutschland kurzerhand als Schweizer Standpunkt wahrgenommen wird. Vom guten Ruf des Roten Kreuzes zehrt unser Land oft. Umgekehrt bringt uns Zynismus dieser Art in Verruf. Er lässt in den Hintergrund treten, dass wir nach wie vor tatsächlich auch vieles leisten, um Elend zu lindern und zu verhindern. So will die Schweiz Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen (850), sie will Flüchtlinge aufnehmen die vom UNO-Hochkommissariat aus Lagern zugeteilt werden (500). Wir beteiligen uns an Frontex, die letztes Jahr immerhin 40'000 Bootsflüchtlinge gerettet hat.

Und wir setzen uns auch gegen tiefere Ursachen von Kriegen ein: Wir arbeiten mit an den Millennium Goals der UNO (Verringerung der Armut) mit oder wir fördern die Entwicklungszusammenarbeit. Wir sollten auch die Handelsregeln so ändern, dass der Rohstoffabbau nicht nur den westlichen Ländern Gewinn bringt, sondern auch der Bevölkerung in den betroffenen Ländern. Die Schweiz spielt in diesem Bereich eine zentrale Rolle, weil bei uns die wichtigsten Rohstoffunternehmen ihren Sitz haben.

Mehr als achselzuckende Ausreden

Natürlich wirken solche Massnahmen nicht sofort und natürlich ist das alles komplex und kompliziert. Wir hätten doch alle gern eine Lösung, eine einfache Lösung. Auch Henri Dunant hätte lieber gehabt, es gebe keine Kriege. Aber die Kriege fanden eben statt und er wollte sich um die Folgen kümmern. Der Verweis auf komplizierte Zusammenhänge der Globalisierung, die Hoffnung auf eine Utopie kann eben auch zur achselzuckenden Ausrede verkommen, wenn wir uns nicht gleichzeitig um die Menschen, die tatsächlich und konkret Not leiden, kümmern.

Es gehört zu einer ehrlichen Politik, anzuerkennen, dass es nicht für alles schnelle Lösungen gibt, ja dass es für manche Schrecklichkeiten auf unserer Welt zunächst gar keine Lösung gibt. Umso wichtiger ist, die Mitmenschlichkeit gegenüber den Opfern zu wahren. Katastrophen wie Lampedusa müssen uns aufrütteln, so wie Solferino Henri Dunant aufrüttelt hat. Und Jubiläen, seien es solche mit geraden oder ungeraden Jahreszahlen, rufen uns diese Grundsätze regelmässig in Erinnerung.

«Unparteilichkeit ist nicht mit Neutralität im Angesicht von Gräueltaten gleichzusetzen»

Von der vielfältigen Tätigkeit der UNO findet nur ein kleiner Teil den Weg in die Medien. Und zumeist sind es negative Schlagzeilen. Wir benutzen den neuesten Tätigkeitsbericht von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon vom 19. August 2013, um einen differenzierteren Einblick in ihre Aktivitäten zu geben, indem wir das Kapitel «Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit» mit ei-

Das vergangene Jahr hat deutlich gemacht, wie komplex die Konflikte unserer Zeit sind und welche Herausforderungen mit der Durchführung kohärenter und wirksamer internationaler Massnahmen zu ihrer Überwindung einhergehen. In Ländern wie Afghanistan, der Arabischen Republik Syrien, der Demokratischen Republik Kongo, Haiti, Jemen, Mali und den Ländern der Sahel-Region, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik wirken mehrere Quellen der Instabilität zusammen. Dazu gehören Sektierertum, Kriminalität, Extremismus, Ausgrenzung, Korruption, Umwelt- und Ressourcenbelastung, demografischer Druck, schwache staatliche Kapazitäten und Legitimitäten, weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen, instabile Nachbarstaaten, der Einsatz von Sprengwaffen gegen Zivilpersonen und durchlässige Grenzen, die illegale Bewegungen von Waffen, Suchtstoffen und Menschen ermöglichen.

Im Verein mit technologischer Innovation haben diese Faktoren bewaffnete Gruppen und kriminelle und extremistische Elemente gestärkt und ihnen effektivere Mittel an die Hand gegeben, grossen Schaden anzurichten, auch durch asymmetrische Taktiken. Derartige Gruppen verfügen oft über gute Ausrüstung und reichliche Mittel, können sich grenzüberschreitend ausbreiten wie nie zuvor und sind bisweilen ideologisch motiviert. Einige dieser Situationen stellen uns vor weit komplexere Herausforderungen als in der Vergangenheit.

Tatenlose Schutzverantwortung

Zivilpersonen haben im vergangenen Jahr einen unannehmbar hohen Preis bezahlt, insbesondere in Fällen, in denen die internationale Gemeinschaft gespalten ist und nicht den gemeinsamen politischen Willen zum Handeln aufbringt, wie beispielsweise im Fall der Arabischen Republik Syrien. Über den normativen Rahmen zum Schutz von Zivilpersonen, namentlich die Begriffe der «Schutzverantwortung» und der «Verantwortung beim Schützen» wird nach wie vor debattiert, worauf jedoch nicht immer Taten folgen. Im Anschluss an die Arbeit der Gruppe zur internen Überprüfung der Massnahmen der UNO in Sri Lanka habe ich in der Organisation einen Reflexionsprozess über die Stärkung unserer eigenen Kapazitäten zur Reaktion auf Krisensituationen und zum Schutz der Menschenrechte eingeleitet.

Wir haben uns darauf geeinigt, die Vision unserer kollektiven Verantwortung zu bekräftigen, unser Zusammenwirken mit den Mit-

nigen Kürzungen und eigenen Untertiteln abdrucken. Zugleich wollen wir damit einen Einblick in die komplexe Alltagsarbeit in der Umsetzung des Systems der kollektiven Sicherheit ermöglichen. Der gesamte Bericht ist beim deutschen Übersetzungsdienst der UNO (www.un.org/Depts/german/) unter dem Stichwort «Generalsekretär» zu finden.

gliedstaaten wieder zu verstärken, wirksamere Mechanismen für Reaktionsmassnahmen am Amtssitz zu erarbeiten und unsere Präsenz in den Ländern, unsere Menschenrechtskapazitäten und unser Informationsmanagement zu verstärken. Ich ersuche die Mitgliedstaaten, ihren eigenen wichtigen Beitrag zu leisten und den Willen zu vereintem Handeln aufzubringen, um den abscheulichen Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen ein Ende zu setzen.

Friedenssicherungseinsätze der UNO 2013

Das Spektrum der Akteure, die ihren Teil zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen möchten, wird immer grösser und vielfältiger. Inzwischen ist es üblich, dass die UNO an der Seite oder in formaler Partnerschaft mit anderen internationalen und regionalen Akteuren tätig wird. Diese Abmachungen funktionieren gut, wenn die beteiligten Akteure gemeinsame Ziele, eindeutige komparative Vorteile und komplementäre politische Einflussmöglichkeiten haben und sich wirksam abstimmen. Doch es muss noch mehr getan werden, um sicherzustellen, dass die internationalen, regionalen und subregionalen Akteure zusammenarbeiten und Erkenntnisse anwenden, die eine wirksame Lastenteilung in komplexen Situationen ermöglichen.

Die UNO wurde im Lauf des vergangenen Jahres über verschiedene Mechanismen tätig, darunter 15 Friedenssicherungseinsätze, 14 besondere politische Missionen im Feld, 10 Sondergesandte und -berater und zahlreiche Landesteams der UNO auf der ganzen Welt. Die UNO verstärkte ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Wirksamkeit ihrer Tätigkeiten im Bereich des Friedens und der Sicherheit, unter anderem durch die Durchführung der Initiative für zivile Kapazitäten, die Einrichtung einer globalen Koordinierungsstelle für Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsangelegenheiten in Postkonflikt- und anderen Krisensituationen und die Umsetzung interner Richtlinien für Übergangsprozesse bei der Friedenssicherung und für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung für nationale Sicherheitskräfte.

Konfliktprävention und Vermittlung

Die UNO nahm im Lauf des vergangenen Jahres bei einer Reihe von Präventions- und Vermittlungsbemühungen eine führende Rolle ein, was teilweise auf die Verbesserung unserer Kapazitäten zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen, neue und stärkere Partner-

schaften mit der Liga der arabischen Staaten, der Afrikanischen Union, der Europäischen Union, der Organisation der amerikanischen Staaten und der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit sowie auf die starke politische Unterstützung durch die Mitgliedstaaten zurückzuführen ist. Dank ihrer Regionalbüros in Westafrika, Zentralafrika und Zentralasien und ihres verfügbaren Teams von Sachverständigen für Vermittlung war die UNO in einer guten Position, um schnell auf wachsende Spannungen zu reagieren. In Anbetracht der anhaltenden und bedauerlichen Unterrepräsentierung von Frauen in Friedensprozessen unternahm die Organisation ausserdem stärkere Anstrengungen zum Aufbau der Kapazitäten von Frauengruppen zur Mitwirkung an diesen Prozessen, wo dies möglich war.

In Afrika ernannte ich eine Sondergesandte – die erste Frau als Vermittlerin der UNO – zur Unterstützung der Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region. Gemeinsam mit dem Präsidenten der Weltbank besuchte ich die Region, um auf die miteinander verbundenen Herausforderungen von Frieden, Stabilität und Entwicklung aufmerksam zu machen. In Anerkennung der Herausforderungen, vor denen die Länder der Sahel-Region in den miteinander verflochtenen Bereichen Sicherheit, Regierungsführung, humanitäre Hilfe und Entwicklung stehen, entwickelte die UNO eine integrierte Strategie für die Region. Darüber hinaus arbeitete die Organisation eng mit der Afrikanischen Union und anderen Partnern zusammen, um nach den verfassungswidrigen Regierungswechseln und der darauf folgenden Instabilität in Guinea-Bissau, Mali und der Zentralafrikanischen Republik die verfassungsmässige Ordnung in diesen Ländern wiederherzustellen.

Wenig Hoffnung in Syrien

In Jemen wurde umfassende Vermittlungshilfe geleistet, um die Durchführung der ausgehandelten friedlichen Machtübergabe und die Einleitung des nationalen Dialogs zu unterstützen. In Libanon unterstützte die UNO weiter die Bemühungen der dortigen Verantwortlichen um die Wahrung der Sicherheit, der Stabilität und der nationalen Einheit. Die Erleichterung von Fortschritten im israelisch-palästinensischen Friedensprozess war auch weiterhin ein vorrangiges Anliegen, und ich hoffe, dass die jüngst erfolgte Wiederaufnahme der direkten Gespräche zu einer friedlichen Regelung und einer Zwei-Staaten-Lösung führen wird. Die gemeinsamen Bemühungen der UNO und der Liga der arabischen Staaten zur Beendigung der Gewalt in der Arabischen Republik Syrien und zur Einleitung eines Prozesses, der zu einer politischen Lösung führt, fruchteten wenig angesichts der anhaltenden politischen Pattsituation in dem Land, in der Region und im Sicherheitsrat sowie der tragischen militärischen

Fortsetzung nächste Seite

Eskalation. Die Massnahmen zur Milderung der Folgen des Konflikts in der Arabischen Republik Syrien für die Region, namentlich der Belastung der Nachbarstaaten durch die Flüchtlingswelle, waren angesichts des Ausmasses der Krise ähnlich unzureichend.

In Europa bot ich den Parteien in Zypern auch weiterhin meine Guten Dienste an, um eine umfassende Regelung zu finden, und unterstützte ausserdem aktiv die internationalen Genfer Gespräche über Georgien und den Südkaukasus gemeinsam mit der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Daneben verstärkten wir unsere Bemühungen, im Namensstreit zwischen Griechenland und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. In Zentralasien förderte die Organisation in enger Partnerschaft mit der Weltbank eine immer engere Zusammenarbeit im Bereich der Wasserbewirtschaftung. In Südamerika, wo die Regierung Kolumbiens und die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens im August 2012 Friedensgespräche aufnahmen, unterstützte die UNO den Beitrag der Zivilgesellschaft durch Mechanismen des Dialogs.

Demokratische Übergänge und Wahlen

Im vergangenen Jahr waren die hart erkämpften Fortschritte im Bereich der demokratischen Regierungsführung mehrfach bedroht, unter anderem durch Einschränkungen der Aktivitäten der Zivilgesellschaft und Umkehrungen der verfassungsmässigen Ordnung, am dramatischsten in Ägypten. Ich lege allen Seiten eindringlich nahe, vor allem auf die Beendigung von Gewalt und Aufstachelung, die Förderung eines echten und alle einschliessenden Aussöhnungsprozesses und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit hinzuwirken. Es gab aber auch Fälle, in denen konkrete Fortschritte erzielt wurden, zum Beispiel in Myanmar und Somalia. In einer ganzen Reihe von Fällen bot die Organisation ihre Unterstützung für politische Übergangsprozesse an.

Seit September 2012 hat die UNO in 55 Mitgliedstaaten die Vorbereitung und Durchfüh-

rung von Wahlen unterstützt, entweder auf Antrag der betreffenden Staaten oder im Rahmen eines Mandats des Sicherheitsrats. In Afghanistan unterstützten wir die Unabhängige Wahlkommission bei der Wahlrechtsreform, der Wählerregistrierung und dem Kapazitätsaufbau. Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, eine breite Beteiligung zu gewährleisten und zu verhindern, dass Wahlberechtigte infolge von Sicherheitsproblemen an der Stimmabgabe gehindert werden. Auf diese Weise wurde Vertrauen in die 2014 und 2015 anstehenden Wahlprozesse aufgebaut. In Irak stellte die UNO weiterhin technische Beratung zur Verfügung und baute die Kapazität der Unabhängigen Hohen Wahlkommission weiter aus. Im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen und die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen wurden bedeutende Fortschritte erzielt.

Unannehmbare Unsicherheit in Somalia

In Somalia unterstützte die Organisation die Fertigstellung der vorläufigen Verfassung und die Einsetzung eines neuen Bundesparlaments, womit ein achtjähriger politischer Übergang abgeschlossen wurde. Im Juni 2013 wurde eine neue Hilfsmission der UNO in Somalia eingerichtet, um die somalischen Behörden politisch und strategisch bei ihren Bemühungen zu unterstützen, den Frieden und die Sicherheit zu festigen und im Vorfeld der für 2016 angesetzten landesweiten Wahlen neue Strukturen auf Bundesebene zu schaffen. Leider bezahlten einige Mitarbeiter der UNO für diese Bemühungen mit ihrem Leben, und die Menschen in Somalia müssen weiterhin ein unannehmbares Mass an Instabilität ertragen. Die Unterstützungsmission der UNO in Libyen unterstützte die Übergabe der Macht vom Nationalen Übergangsrat an den gewählten Allgemeinen Nationalkongress im August 2012. Darüber hinaus wurden der Verfassungsprozess, die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung sowie der weitere Aufbau und die weitere Reform der Institutionen des neuen libyschen Staates unterstützt.

Mein Sonderbeauftragter für Westafrika trug zur Beseitigung des Misstrauensklimas zwischen der Regierung und der Opposition in Guinea und zur Wiederaufnahme der Gespräche über die Vorbereitung der Parlamentswahlen bei. In Kenia stand die UNO im Vorfeld der allgemeinen Wahlen im März 2013 in regelmässigem Kontakt mit den politischen Schlüsselfiguren, um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu fördern. In Burundi erleichterte die UNO die Annahme eines alle Seiten einbeziehenden Fahrplans für die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2015. Durch anhaltendes Engagement förderte die UNO ausserdem den politischen Dialog und die nationale Aussöhnung in Bangladesch, den Malediven und Myanmar.

Weiterungen der Lage in Syrien

Die Komplexität heutiger Konflikte stellt uns vor Herausforderungen, die den Kern der Friedenssicherung berühren. Im vergangenen Jahr wurde die Organisation beauftragt, Friedenssicherungsmissionen in instabilen und hochriskanten Umgebungen einzusetzen, in denen Feindseligkeiten anhielten und noch keine politischen Lösungen erzielt worden waren. In einigen Fällen waren Einsätze zur Terrorismusbekämpfung im Gange. In der Arabischen Republik Syrien war die Aufsichtsmission der UNO

aufgrund der mangelnden Fortschritte auf dem Weg zu einer politischen Lösung und der Zunahme der Waffengewalt nur beschränkt in der Lage, ihr Mandat zu erfüllen; dieses wurde nach vier Monaten nicht mehr verlängert.

Die Auswirkungen der Lage in diesem Land waren auch für die anderen Friedenssicherungseinsätze in der Region spürbar. Die Beobachtertruppe der UNO für die Truppenflechtung kam zwar ihrer wichtigen Aufgabe nach, die Waffenruhe von 1974 zwischen Israel und der Arabischen Republik Syrien aufrechtzuerhalten, passte ihre Einsätze und ihre Kräfteaufstellung jedoch an, um ihr Mandat weiter erfüllen zu können und gleichzeitig die von den anhaltenden Zusammenstössen zwischen Angehörigen der Streitkräfte der Arabischen Republik Syrien und der bewaffneten Opposition innerhalb der Pufferzone ausgehenden Risiken für ihr Personal so weit wie möglich zu verringern.

Neue Instabilität im Kongo

Die Interimstruppe der UNO in Libanon erhöhte ihre Wachsamkeit im Süden Libanons. Im Mai 2013 genehmigte der Sicherheitsrat den Einsatz der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der UNO in Mali, deren Mandat unter anderem darin besteht, einen nationalen politischen Dialog und den Wahlprozess sowie die Ausweitung der staatlichen Autorität zu unterstützen, wichtige Bevölkerungszentren zu stabilisieren und die Zivilbevölkerung zu schützen.

In der Demokratischen Republik Kongo löste die Einnahme von Goma durch die als «Bewegung des 23. März» (M23) bekannte bewaffnete Gruppe im November 2012 ein erneutes regionales und internationales Engagement aus, das in einem von 11 Ländern unterzeichneten Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit mündete. Der Sicherheitsrat genehmigte die Einrichtung einer Interventionsbrigade innerhalb der Stabilisierungsmission der Organisation der UNO in der Demokratischen Republik Kongo, mit dem Auftrag, ausnahmsweise, ohne einen Präzedenzfall zu schaffen und unbeschadet der einvernehmlichen Grundsätze der Friedenssicherung, gezielte Offensiveinsätze auszuführen, um die bewaffneten Gruppen zu neutralisieren und zu entwaffnen.

Die UNO braucht stärkere Einsatzmittel

Die der UNO in den Resolutionen 2098 (2013) und 2100 (2013) des Sicherheitsrats zugewiesenen Aufgaben stellen keine Revolution, sondern eine Evolution der Friedenssicherungstätigkeit der UNO dar. Friedenssicherungskräfte der UNO dürfen nur im Kontext eines klaren politischen Prozesses oder einer klaren politischen Vereinbarung und unter Einhaltung des humanitären Völkerrechts Gewalt anwenden. In der Demokratischen Republik Kongo, in Mali und an anderen Orten werden die Kerngrundsätze der Friedenssicherung auch weiterhin mit der Massgabe Anwendung finden, dass Unparteilichkeit nicht mit Neutralität im Angesicht von Gräueltaten gleichzusetzen ist und dass das Bewahren der Zustimmung nicht bedeutet, dass friedensfeindliche Kräfte die Missionen der UNO von der Erfüllung ihres Mandats abhalten können.

Hinzu kommt, dass die neuen Gegebenheiten, unter denen die Friedenssicherung durch die UNO stattfindet, den Einsatz geeigneter



Instrumente erfordern, um neuen oder stärkeren Bedrohungen zu begegnen, darunter Unterstützungskräfte und Kräftermultiplikatoren, eine verbesserte Einsatzführung und wirksamere Informations- und Analyseinstrumente.

Prekäre Friedenssicherungseinsätze

Auch andere Friedenssicherungseinsätze waren im vergangenen Jahr mit prekären Sicherheitssituationen konfrontiert. Die Mission der UNO in Südsudan unterstützte weiter den Schutz von Zivilpersonen inmitten der eskalierenden Gewalt zwischen den Volksgruppen im Bundesstaat Jonglei. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden politische Zwischenziele erreicht, namentlich der Abschluss der landesweiten Volkszählung und der Überprüfung der Verfassung. Mit Unterstützung der Interims-Sicherheitsstruppe der UNO für Abyei leistete die Inkraftsetzung des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze und der sicheren entmilitarisierten Grenzzone im März 2013 einen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Sudan und Südsudan.

In Darfur (Sudan) ermöglichte die sich wandelnde Konfliktdynamik dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der UNO in Darfur (UNAMID), sich auf die Gebiete mit den grössten Sicherheitsbedrohungen zu konzentrieren und zugleich die Polizei- und Truppenstärke zu reduzieren. Dennoch hat die Zunahme der Gewalt in einigen Teilen Darfurs, namentlich die gezielten Angriffe auf UNAMID-Soldaten, deutlich gemacht, dass die Fähigkeit der Mission, von Bedrohungen für die Zivilbevölkerung abzuschrecken und gegen solche Bedrohungen vorzugehen, erhöht werden muss.

UNO-Abzug nach erfolgreichen Missionen

Bei einigen Friedenssicherungseinsätzen hat ein Prozess der Anpassung der Personalstärke oder des Abzugs begonnen. Nach 14 Jahren Präsenz in Timor-Leste unter dem Mandat des Sicherheitsrats schloss die letzte Mission der UNO in dem Land, die Integrierte Mission der UNO in Timor-Leste, ihr Mandat im Dezember 2012 ab. Die UNO und Timor-Leste treten nun in eine neue Phase ihrer Beziehungen ein, in der der Schwerpunkt auf der Entwicklung und dem fortgesetzten Aufbau der Institutionen liegt. In Liberia konnte die Organisation aufgrund der erfolgreichen Durchführung der zweiten Wahlen nach dem Konflikt mit dem Abbau der Militärkomponente der Mission der UNO in Liberia beginnen und zugleich ihre Polizeipräsenz erhöhen, um die Kapazitäten der Strafverfolgungsinstitutionen des Landes zu stärken. Desgleichen konnte die Operation der UNO in Côte d'Ivoire 2013 dank der Fortschritte bei der Friedenskonsolidierung in dem Land ein Bataillon abziehen. Die Stabilisierungsmission der UNO in Haiti konnte wegen der verbesserten Sicherheitslage in dem Land ihre uniformierte Komponente verringern und den Schwerpunkt ihrer Bemühungen auf die Festigung der politischen Stabilität und der Rechtsstaatlichkeit verlagern.

Die Fähigkeit der besonderen politischen Missionen und Friedenssicherungsmissionen, den speziellen Bedürfnissen von Frauen und Kindern Rechnung zu tragen, wurde durch die Entsendung von weiblichen Beratern und Kinderschutzberatern und eine verbesserte Schulung gestärkt. Meine Sonderbeauftragten



verstärkten die Kampagnenarbeit auf nationaler Ebene zugunsten des Kapazitätsaufbaus und der Stärkung von Prävention und Intervention, namentlich durch Überwachung und Berichterstattung. Mit Unterstützung der UNO unterzeichneten die Regierungen der Demokratischen Republik Kongo, Myanmars, Somalias und Südsudans Aktionspläne zur Beendigung von Rechtsverletzungen an Kindern in Konflikten.

Weitreichendes Engagement in Afrika

Partnerschaften mit regionalen und subregionalen Organisationen wie der Afrikanischen Union, der Europäischen Union, der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit waren weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Friedenssicherungsmassnahmen der UNO. Dies wird auch künftig der Fall sein, wenn Missionen in ein unbeständiges Umfeld entsandt werden. Die UNO förderte weiter die Kapazität der Afrikanischen Union zur Planung, Entsendung und Steuerung ihrer Friedensunterstützungseinsätze, namentlich über das Büro der UNO bei der Afrikanischen Union.

In Somalia wurden mit Unterstützung der Organisation rund 17'700 Soldaten und Polizisten der Mission der Afrikanischen Union in Somalia eingesetzt und unterhalten, um den Frieden in dem Land zu fördern. Darüber hinaus stellte die UNO der Kommission der Afrikanischen Union bei der Herstellung der Einsatzfähigkeit der Afrikanischen Bereitschaftstruppe Rat und Sachverstand zur Verfügung und trug zur Erarbeitung wichtiger Grundsatz- und Ausbildungsmaterialien bei. Besonders zu erwähnen sind die Zustimmung der Europäischen Union zu einem Aktionsplan zur verstärkten Unterstützung der Friedenssicherungsmassnahmen der UNO und die Neubelebung des Lenkungsausschusses der UNO und der Europäischen Union für Krisenbewältigung.

Die UNO setzte die Stärkung von Unterstützungsmechanismen für Friedenssicherungseinsätze fort, einschliesslich eines Rahmens strategischer Leitlinien für internationale Polizeikräfte und allgemeiner Standards für die Einsatzfähigkeit von Infanteriebataillonen und Staboffizieren. Es wurden Verbesserun-

gen am Lenkungs- und Verwaltungsrahmen der Globalen Strategie zur Unterstützung der Feldeinsätze und ihren wichtigsten Leistungsindikatoren vorgenommen, um sicherzustellen, dass die Feldeinsätze schneller, besser und wirksamer unterstützt werden. Der Anteil unbesetzter Stellen für internationale Bedienstete in Friedenssicherungsmissionen und besonderen politischen Missionen sank von seinem Höchststand von 33,8 Prozent im Jahr 2008 auf 12,6 Prozent im März 2013.

Konsolidierung des Friedens

In Anbetracht der mehrfachen Ursachen von Instabilität, des hohen Risikos von Rückfällen und der Langfristigkeit der Friedenskonsolidierung gebe ich in meinem Bericht an den Sicherheitsrat über die Friedenskonsolidierung nach Konflikten neue vorrangige Aktionsrichtungen vor, unter Betonung dessen, wie wichtig es ist, alle Seiten einzuschliessen, Institutionen aufzubauen und nachhaltige internationale Unterstützung bereitzustellen. Wie schwierig die Aufgabe ist, die sich der Kommission für Friedenskonsolidierung, dem Friedenskonsolidierungsfonds und dem Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung stellt, wurde im vergangenen Jahr unterstrichen, als es in mehreren Ländern, namentlich in Guinea-Bissau und der Zentralafrikanischen Republik, zu erheblichen Rückschlägen kam.

In anderen Fällen jedoch gelang es der Kommission und dem Fonds, die Friedenskonsolidierung voranzubringen. Sie unterstützten politisch und finanziell die wirksame und friedliche Beteiligung politischer Parteien an den Wahlen in Sierra Leone, finanzierten in Guinea die Versetzung von 3928 Militärbediensteten in den Ruhestand, trugen zur Abhaltung der Partnerkonferenz für Burundi bei und unterstützten das erste Justiz- und Sicherheitszentrum in Liberia. Der Friedenskonsolidierungsfonds wurde ausserdem eingesetzt, um entscheidende Massnahmen für den politischen Übergang beziehungsweise die Friedenskonsolidierung in Jemen, Kirgisistan, Nepal, Niger und Somalia zu unterstützen. Der Fonds brachte 2012 mehr als 80 Millionen Dollar auf, den höchsten Betrag seit 2008.

Gewaltloser ziviler Widerstand in Palästina

Der palästinensische Menschenrechtsanwalt Jonathan Kuttab unterstreicht in einer jüngeren Studie, dass «die überwältigende Mehrheit des palästinensischen Volkes nie an bewaffnetem Widerstand teilnahm, ausser in Liedern, Slogans und Rhetorik». Trotzdem sei im Westen das Bild geblieben vom «Palästinenser als Terroristen oder, im besten Fall, als 'Befreiungskämpfer', der mit dem Gewehr in der Hand für die Freiheit seines Landes kämpft.¹

/ Ingrid Jaradat Gassner, Jerusalem /

Demnach wird palästinensische Gewalttätigkeit auch regelmässig in westlichen Medien beklagt, während wohlmeinende Mitglieder der Palästina-Solidaritätsbewegung die Menschen in Palästina über die Notwendigkeit von gewaltfreiem Widerstand à la Gandhi und Martin Luther King belehren. Dabei wird ignoriert oder übersehen, dass unbewaffneter ziviler Widerstand in Palästina eine eigene und mehr als hundert Jahre lange Tradition besitzt.

Heute ist die palästinensische Zivilgesellschaft auf der Suche nach neuen, effizienten Widerstandsformen, und über eines herrscht Klarheit: Gewaltloser Widerstand in Palästina hat nur eine Chance auf Erfolg, wenn das israelische Unterdrückungssystem gleichzeitig auch im Ausland durch Boykott, Desinvestition und Sanktionen isoliert und geschwächt wird. Das gilt auch für die Schweiz. Kampagnen für die Verbannung von menschen- und völkerrechtswidrig produzierten israelischen Gütern aus Schweizer Märkten und ein Embargo gegen Waffenhandel und militärische Zusammenarbeit, wie zum Beispiel die Kampagne gegen den Kauf von israelischen Drohnen,² sind Komponenten einer notwendigen, globalen gewaltfreien Strategie für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit in Palästina/Israel.

Ein Rückblick auf die Geschichte des zivilen palästinensischen Widerstands

Organisierter ziviler Widerstand in Palästina begann vor etwa 100 Jahren, noch vor dem Ersten Weltkrieg und dem Ende einer langen Periode osmanischer Herrschaft über das Land. Die einheimische palästinensische Bevölkerung strebte nach Unabhängigkeit und war deshalb alarmiert, als der britische Aussenminister Lord Balfour der noch jungen zionistischen Bewegung, die sich im antisemitischen Osteuropa formiert hatte, die Unterstützung Grossbritanniens für die Errichtung einer «nationalen Heimstätte für das jüdische Volk» in Palästina versprach.

Angesichts dieser Balfour-Deklaration (1917) und der Bemühungen zionistischer Siedlerorganisationen, Land in Palästina von oft im Ausland ansässigen Feudalisten zu er-

werben, gründete die palästinensische Elite eine Reihe neuer Zeitungen, engagierte sich für die Aufklärung der Bevölkerung, mobilisierte öffentlichen Druck gegen Landverkäufe und entsandte Petitionen und Delegationen an den neu formierten Völkerbund, der nach dem Krieg über die Zukunft der ehemaligen Gebiete des osmanischen Reiches beriet.

Aufschwung und Zerschlagung des frühen zivilen Widerstandes

Zwischen 1920 und dem Ende der 1930er-Jahre wuchs dieser gewaltfreie zivile Widerstand zu einer Massenbewegung. Grossbritannien hatte im Auftrag des Völkerbundes und gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung eine temporäre Regierung (Mandat) in Palästina gebildet, um das Land in die Unabhängigkeit zu führen – und zugleich den Vollzug der Balfour-Deklaration zu forcieren. Neue Einwanderungs- und Landgesetze erleichterten die zionistische Kolonialisierung, liessen den Anteil jüdischer Einwanderer von weniger als 10% auf über 30% ansteigen und verursachten eine Welle der Enteignung und Vertreibung von palästinensischen Kleinbauern. Landlose, Gewerkschafter, Bauern und die einheimische Elite protestierten mit monatlangen Generalstreiks und Kampagnen ziviler Nichtzusammenarbeit.

Nichteinlenken und Repressionen seitens der britischen Behörden führten in den 1930er-Jahren schliesslich auch zu organisiertem bewaffnetem Widerstand. Insgesamt gelang es der gewaltlosen und bewaffneten Widerstandsbewegung in dieser Periode, substantialen Landerwerb durch zionistische Organisationen zu verhindern. Trotz britischer Unterstützung und weitreichenden finanziellen Ressourcen konnten letztere bis 1947 nicht mehr als 7% des Landes in ihren Besitz bringen.

Die Kosten dieses Erfolgs waren jedoch enorm. Die sogenannten arabisch-palästinensischen «Revolten» von 1920/21, 1929 und 1936-39 wurden von britischer Seite mit brutaler Gewalt unterdrückt und zionistische Milizen wurden zu diesem Zweck bewaffnet. Kollektive Ausgangssperren, Entwaffnungs-, Verhaftungs- und Hauszerstörungskampagnen, Bombardierungen von palästinensischen Dörfern und Städten sowie die Schliessung von palästinensischen Zeitungen und Institutionen, Hinrichtungen und Deportationen von Anführern des zivilen und bewaffneten Aufstands schwächten die Widerstandskraft der einheimischen palästinensischen Bevölkerung.

Ab 1940 kamen daher alle Formen des palästinensischen Widerstands praktisch zum Erliegen. Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges und der Auflösung des Völkerbundes, als Grossbritannien sein Mandat für Palästina den neugegründeten Vereinten Nationen übertrug, intervenierten exilierte palästinensische Eliten und Vertreter arabischer Nachbarländer, die mittlerweile staatliche Unabhängigkeit erreicht hatten, vergeblich auf diplomatischer Ebene für die Unabhängigkeit Palästinas.

Die Katastrophe (Nakba) von 1947-49

Als die Vereinten Nationen im November 1947 einen Teilungsplan für Palästina verab-

schiedeten, welcher mehr als die Hälfte des Landes der zionistischen Kolonialbewegung zuteilte, konnte die einheimische Bevölkerung nur mehr demonstrieren. Sie war schutzlos, als bewaffnete zionistische Einheiten unmittelbar darauf an ihre systematische Vertreibung und die Errichtung des Staates Israel gingen. Arabische Nachbarstaaten erklärten Krieg und intervenierten erst im Mai 1948, als Israel seine Unabhängigkeit ausrief. Die Welle der Vertreibung und Zerstörung des Landes Palästina dauerte von November 1947 bis 1949. Sie ging als *Nakba* (Katastrophe) in die palästinensische Geschichte ein und wird heute von vielen als ethnische Säuberung bezeichnet.

Mehr als 80% der palästinensischen Bevölkerung in dem von Israel militärisch eroberten Staatsgebiet wurden im Zuge der *Nakba* in die Nachbarländer vertrieben. Zehntausende versuchten in den frühen Nachkriegsjahren, heimlich über Israels Grenzen hinweg in ihre Heimat zurückzukehren. 'Individuelle Rückkehr' als Form des gewaltfreien Widerstands scheiterte jedoch an der israelischen Politik von 'schiessen, um zu töten', die Tausenden von Flüchtlingen das Leben kostete.³

Sumud, die Standhaftigkeit

Letztlich wurde *Sumud*, im Sinne von standhaft bleiben und sich nicht vertreiben lassen, zur dominanten Form des palästinensischen gewaltfreien Widerstandes nach der *Nakba*. *Sumud* bezog sich ursprünglich auf die kleine Minderheit von rund 150'000 PalästinenserInnen, die nach der *Nakba* in der Heimat unter israelischer Kontrolle verblieben, während sich die Vertriebenen im Exil mittels der von ihnen gegründeten Bewegung zur Befreiung Palästinas (PLO) und bewaffnetem Widerstand wieder zu einem Volk und politischen Faktor formierten.

Basierend auf der Erkenntnis, dass Israels Unterdrückungspolitik auf die Vertreibung der im Heimatland Verbliebenen abzielte, entwickelte sich die moralische und materielle Unterstützung von *Sumud/Standhaftigkeit* der palästinensischen Zivilbevölkerung in der Heimat zur gewaltfreien, zivilen Widerstandsstrategie der PLO, die nach dem Krieg von 1967 und der israelischen Besetzung des Westjordanlandes und Gazastreifens auch dort Anwendung fand. Abseits der Medienaufmerksamkeit, die sich fast ausschliesslich den bewaffneten Aktionen und diplomatischen Initiativen der PLO widmete, errichteten PalästinenserInnen in Israel und in den 1967 besetzten Gebieten eigene soziale und politische Netzwerke.

Zivile Verweigerung und Selbstorganisation

Ab den späten 1970er-Jahren ermöglichten diese Netzwerke neue Formen des kollektiven zivilen Widerstandes und schufen so die Voraussetzungen für die erste Intifada. Konkrete Beispiele sind die ersten grossen Demonstrationen gegen eine Welle israelischer Landenteignung in Galiläa am 30. März 1976. Diese Demonstrationen und die Erschiessung von etlichen unbewaffneten palästinensischen Jugendlichen durch die israelische Polizei prägten den Tag zum «Tag des Landes», der

Ingrid Jaradat Gassner ist in Österreich geboren und aufgewachsen und hat Soziologie und Pädagogik an der Hebräischen Universität Jerusalem und an der Universität Salzburg studiert. Sie arbeitet seit 1988 in Palästina (Beit Jala/Betlehem) mit palästinensischen Menschenrechtsorganisationen, war Mitbegründerin und Leiterin von *Badil*, einer NGO für Flüchtlingsrechte (1997 – 2011) und ist derzeit für die Civic Coalition for Palestinian Rights in Jerusalem tätig.

bis heute den palästinensischen Widerstand gegen Enteignung symbolisiert. Im besetzten Westjordanland widersetzte sich die palästinensische Bevölkerung 1982 erfolgreich – mittels Geschäftsstreiks, Demonstrationen und kollektiver Verweigerung der Zusammenarbeit – einem Versuch der israelischen Besatzungsmacht, ihr hörige Dorf- und Stadtverwaltungen zu etablieren.

Internationale Aufmerksamkeit für den gewaltlosen palästinensischen Widerstand erweckte erstmals die erste Intifada (1987-91). Aber auch hier galt der Grossteil der Medienberichterstattung den steinwerfenden Jugendlichen, während den vielen anderen Formen des zivilen Widerstandes wenig Beachtung zuteil wurde. Das gilt zum Beispiel für – die Bemühungen um unabhängige Nahrungsversorgung, vor allem seitens palästinensischer Frauenorganisationen, durch die Einrichtung zahlreicher landwirtschaftlicher Kooperativen;

– selbst-organisierte Bildung und Schulung von Kindern und Jugendlichen angesichts der zwei Jahre andauernden Schliessung aller Erziehungs- und Bildungseinrichtungen in den besetzten Gebieten durch Israel;

– die Mobilisierung der Bevölkerung für freiwillige gemeinnützige Dienstleistungen wie Müllbeseitigung und Instandhaltung öffentlicher Infrastruktur;

– künstlerisches Schaffen – Literatur, Lieder, Theater, Malerei und Graffiti, die dem Volksaufstand Ausdruck verliehen, und
– die kollektive Verweigerung von Steuerzahlungen an die Besatzungsmacht.

Knochenbrechen und Oslo-Verschuldung

Auch diesmal reagierte Israel mit brutaler Gewalt. Im Auftrag von Yitzhak Rabin, damals Verteidigungsminister, lancierte die israelische Armee eine «Kampagne des Knochenbrechens»; mehr als tausend palästinensische ZivilistInnen, grossteils Jugendliche, wurden getötet und Zehntausende erlitten Verletzungen oft mit bleibenden Schäden. Nicht die brutale Repression des israelischen Militärs, sondern die Brutalität U.S.-amerikanischer Diplomatie und Worldbank-Wirtschaftspolitik brachten den unbewaffneten Volksaufstand schliesslich zum Erliegen. Mit ihrem massiven gewaltfreien Aufstand hatte die palästinensische Bevölkerung Israel und den Weltmächten vor Augen geführt, dass der Status quo der israelischen Besatzung nicht mehr aufrechtzuerhalten war.

Die Antwort der mächtigen Verbündeten Israels waren das Oslo-Abkommen von 1993 und die Folgeverträge, welche die weitgehend autonome und selbstbewusste palästinensische Zivilgesellschaft im besetzten Westjordanland und Gazastreifen in die tiefe Verschuldung und existenzielle Abhängigkeit von Israel und seinen internationalen Sponsoren trieb, in der sie sich heute noch befinden. Die Frage, ob und wie die damals schon geschwächte PLO-Führung im Exil, die sich im Zuge der Abkommen als palästinensische Autonomiebehörde in den besetzten Gebieten niederliess, diese Entwicklung hätte verhindern können, wird heute, zwanzig Jahre später, noch heftig diskutiert.

Gewaltloser Widerstand in Palästina heute

Heute ist die palästinensische Zivilgesellschaft auf der Suche nach neuen, effektiven Widerstandsformen. Rückblickend auf die Erfahrung der letzten hundert Jahre ist man in Palästina

empört über die Trivialisierung der israelischen Vertreibungs- und Kolonialpolitik im westlichen Ausland. Die Nichtanerkennung der Tatsache, dass Israel diese Politik nur durch den Einsatz von brutaler Gewalt gegen das palästinensische Volk verfolgen konnte, wird als ein wichtiger Grund dafür betrachtet, dass legitimer palästinensischer Widerstand nicht als solcher erkannt, sondern – ganz im Sinne Israels – als grundlose Gewalt oder «Terrorismus» verstanden wird. Diese Trivialisierung israelischer Gewalt führt auch dazu, dass gewaltloser palästinensischer Widerstand 'unsichtbar' bleibt: Er kostet keine israelischen Menschenopfer; es herrscht also 'Ruhe' im Land.

Die Mehrheit der palästinensischen Zivilgesellschaft ist heute auch überzeugt, dass unbewaffneter Widerstand, in den die gesamte Bevölkerung miteinbezogen werden kann, bewaffnetem Widerstand vorzuziehen ist, da letzterer immer nur die Rolle einer kleinen Avantgarde sein kann. Man ist sich auch einig darüber, dass – obwohl Israel auch gewaltfreien Widerstand regelmässig als Anlass für Repressionen benützt – besonders bewaffneter Widerstand einen Vorwand für massive israelische Angriffe auf die palästinensische Zivilbevölkerung und ein Mehr an Zerstörung und Vertreibung liefert.

Neue Formen zivilen Widerstandes

Seit ungefähr 10 Jahren gibt es daher auch eine Reihe von praktischen, gewaltlosen Widerstandsinitiativen: Kollektive Aktionen an Israels Grenzen für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge (nach Israel und entlang seiner Grenzen); 'Freiheitsschiffe' und Solidaritätskonvois nach Gaza, die die israelische Blockade brechen; regelmässige Demonstrationen gegen die Apartheid-Mauer und «Mauerbrechen» in vielen Orten des Westjordanlands; Protestzelte und Medienkampagnen gegen Israels Siedlungs- und Vertreibungspolitik, vor allem in Ostjerusalem; Hungerstreiks der politischen Gefangenen und rechtliche Verfolgung von israelischen Kriegsverbrechen im Ausland.

Dabei wenden sich viele dieser gewaltlosen, zivilen Widerstandsinitiativen des 21. Jahrhunderts nicht nur gegen die israelische Unterdrückung, sondern auch gegen die verantwortungslose Politik der internen Spaltung und fruchtlosen Friedensverhandlungen seitens der undemokratischen palästinensischen politischen Führung. Zugleich ist sich die gesamte organisierte palästinensische Zivilgesellschaft in einem Punkt einig: Rückblickend auf die Erfahrung von über hundert Jahren ist klar, dass gewaltloser Widerstand in Palästina nur eine Chance auf Erfolg hat, wenn das israelische Unterdrückungssystem als ein System von Apartheid, Vertreibung und Kolonisierung erkannt und gleichzeitig auch im Ausland durch Boykott, Desinvestition und Sanktionen isoliert und geschwächt wird.

1) Maxine Kaufman-Lacusta, *Refusing to Be Enemies*, Ithaca Press, 2011. Eine weitere empfehlenswerte Studie: Mazin Qumsiyeh, *Popular Resistance in Palestine*, Pluto Press, 2010.

2) www.bds-info.ch/index.php/de/

3) Benny Morris, *Israel's Border Wars, 1949-1956: Arab Infiltration, Israeli Retaliation, and the Countdown to the Suez War*. Oxford University Press, 1993.

Eine November-Reise nach Palästina/Israel

Seit einigen Jahren bin ich im Verein *Gerechtigkeit und Frieden in Palästina* (GFP) aktiv und reise aus diesem Grunde regelmässig nach Palästina/Israel. Unsere kleine Reisegruppe entschied sich dieses Mal, vom 31. Oktober bis 16. November 2013 neben Jerusalem, dem Jordantal, Bethlehem, Hebron und Jaffa auch die mir bisher noch nicht bekannten Orte wie Naplouse oder Jenin zu besuchen, wo wir viele gewaltfreie Aktivisten und Solidaritätsgruppen besser kennenlernten. Über einige dieser Aktivitäten berichten wir auf den nächsten Seiten.

Sehr beeindruckend bleiben mir Gespräche mit jungen aktiven und engagierten Leuten im «Freedom Theatre» in Jenin, die im einzigen Theater im nördlichen Teil der besetzten palästinensischen Gebiete den Kindern des Flüchtlingslagers Jenin durch verschiedene Seminarprogramme eine Stimme sowie auch einen sicheren Freiraum geben. Auch das «Cinema Jenin», das von einem deutsch-palästinensischen Team betrieben wird und vor allem durch das 'Herz von Jenin' bekannt wurde: Trotz des gewaltsamen Todes von Juliano Mer-Khamis, der die Leitung des Theaters nach dem Tode seiner Mutter 1995 übernommen hatte und im April 2011 von einem maskierten Unbekannten vor dem Theater erschossen wurde, steht für die engagierten Theaterleute «Sumud: to exist is to resist» als wichtiges Lebensmotiv zuvorderst.

Unvergessen bleiben die Gespräche mit Mazin Qumsieh, eine beeindruckende Persönlichkeit, die sich nicht einschüchtern lässt, und sein Plädoyer für gewaltlosen Widerstand. Wie auch mit Dorothy Naor, der über 80-jährigen bewunderungswürdigen Menschenrechtskämpferin, welche jeden Tag weltweit per Mail auf das Unrecht in Palästina aufmerksam macht. Unvergessen bleibt auch die Erinnerung an den Tag, als wir einem Bauern in Battir nahe Bethlehem bei der Olivenernte helfen durften.

Israel will durch diesen 'Garten Eden', wo die Pflanzen auf den Terrassen über Kanäle bewässert werden – ein System, das von den Römern stammt und mehr als 4000 Jahre alt ist – eine Sperrmauer durch die Terrassenlandschaft bauen und eine letzte Lücke in der Sperrmauer schliessen. Würde die Trennmauer hier gebaut, würde sie das Dorf von den Terrassen und Feldern trennen und die Landschaft für alle Zeiten zerstören. Während der Kampf gegen die Sperranlage an anderen Orten erfolglos blieb, besteht noch Hoffnung für Battir: Denn hier kämpfen Behörden, Naturschützer und Bürger aus Israel und dem Westjordanland gemeinsam für den Erhalt der Kulturlandschaft. Die Zukunft wird zeigen, ob eine Unterstützung durch die Unesco, wie sie von den Behörden und Naturschützern beantragt wurde, die 'Paradiesgärten' Battirs retten wird.

«Sumud: to exist is to resist» ist das Lebensmotiv der Palästinenser oder, wie Viola Raheb in ihrem Buch «Geboren in Bethlehem» schrieb: «Ich bin eine Tochter Palästinas. Mein Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit hat mich gelehrt, dort zu hoffen, wo andere resignieren, dort zu bauen, wo andere zerstören und dort das Leben zu bejahen, wo der Tod herrscht.»
Francine Perret

Die Jordan Valley-Solidaritätsbewegung

Die Jordan Valley-Solidaritätsbewegung wurde als Netzwerk 2003 gegründet. Sie besteht aus Basisgruppen der verschiedenen Dörfer im 150 km langen Jordantal. Sie verfolgt zwei Hauptziele: Zum einen die konkrete Unterstützung zweier Dörfer beim Bau von Schulen, Hilfe bei der Installation von Wasserleitungen, Mobilisierung innerhalb der Dorfgemeinschaft zum Wiederaufbau der durch die Besatzungsmacht zerstörten Häuser und Infrastruktur, das Instandstellen von Strassen zur besseren Erreichbarkeit und die Gemeinden in der traditionellen Bauweisen unterrichten, z.B. wie Bausteine aus Lehm hergestellt werden. Zum andern soll das Fenster nach aussen weit aufgehen: Mehr nationale und internationale Aufmerksamkeit für das gefährdete Leben der Palästinenser im Jordantal und für den gewaltfreien Widerstand entsteht vor allem durch professionelle Medienarbeit und durch Besucher, die die ernste Lage vor Ort selbst sehen.

Die Situation im Jordantal

Auf der harten, trockenen Erde in Hadidiyya im Jordantal stehen am 2. November etwa 50 Plastikstühle im Kreis vor dem Wohnzelt der Beduinenfamilie von Abu Saker. Die mehrheitlich jungen Aktivisten, Palästinenserinnen und Palästinenser des *Jordan Solidarity Movement* kommen mit zwei Bussen aus den umliegenden Ortschaften zum gemeinsamen Aktionstag. Es ist der 96. Jahrestag der Balfour-Deklaration.* Abu Saker spricht von der ernsten Situation im Jordantal. Noch 1967, vor der Besetzung durch die israelische Armee und vor der Konfiszierung ihrer Felder, lebten 300'000 PalästinenserInnen auf den 2400 km² im Jordantal. In der Oslo-Vereinbarung 1993 wurden 95% des Jordantals dem C-Gebiet zugeteilt, das heisst unter israelische Verwaltung gestellt.

Die palästinensische Bevölkerung ist auf 58'000 geschrumpft, rund 2300 leben in der Oase Jericho. Wo genügend Wasser zur Verfügung steht, sind auch die Felder der arabischen Einheimischen grün, wie in den jüdisch-israelischen Siedlungen. Angesichts der erdrückenden Präsenz der israelischen Siedler schliesst sich die Jordantal-Solidaritätsbewegung enger zusammen. «To exist is to resist» – wir können hier nur existieren, indem wir beharrlich Widerstand leisten gegenüber den andauernden Vertreibungen und Zerstörungen durch die israelische Armee. Beharrlichkeit heisst auf arabisch *Sumud*.

Harte Realität

Beim Teetrinken mit den Frauen berichtet die junge Studentin aus Tubas, dass sie in diesem Jahr vier Monate im Gefängnis war, davon einen Monat in Einzelhaft. Anklagepunkt: Sie gefährde die Sicherheit Israels, indem sie negative Nachrichten verbreite. Sie betreut die website www.jordanvalleysolidarity.org. Spürbar verletzt fügt sie bei: Das Schlimmste waren nicht Gefängnis und Einzelhaft, sondern dass sie sich nackt ausziehen musste, zwar in Anwe-

senheit einer weiblichen Soldatin, aber vor zuschauenden Soldaten, die das Geschehen spöttisch kommentierten. 'Sie' kennen kein Gefühl für Würde. Die anwesende Anwältin erzählte von ihrer Einladung nach Brighton. Sie habe weinen müssen. Ihr ganzes Leben habe sie unter Beatzung gelebt. In England konnte sie mit ihrer ganzen Haut und all ihren Sinnen den Unterschied fühlen zwischen ihrem gewohnten Leben unter israelischer Besatzung und dem Leben in Freiheit. Sie wünschte sich nichts sehnlicher, als dass alle das einmal erleben könnten, vor allem ihre Kinder. Seit sich die im Jordantal lebenden Palästinenser besser organisieren, fühle sie sich weniger wehrlos, fügt sie noch bei.

Zerstören – vertreiben.

Die Familie von Abu Najar in Khirbet Humsa hat Häuser und Zelte nicht verlassen, als sie von der israelischen Armee dazu aufgefordert wurde. Drei Wochen später zerstörte die Armee alles und die neun Familienmitglieder waren ohne Besitz und Schutz. Wohin sollen wir gehen, wenn die Probleme doch überall die gleichen sind? Am 20. September wurde eine französische Diplomatin von israelischen Soldaten grob behandelt, als sie den Menschen in Khirbel al-Makhul einen Lastwagen voll Hilfsgüter bringen wollte.

Am 20. November stürmten israelische Soldaten das Dorf Bardata, zerstörten die kargen Behausungen und forderten die Bewohner auf, ihre Häuser und Zelte bis zum 1. Dezember zu verlassen. Drei Beispiele aus dem Alltag der Palästinenser im Jordantal. Die israelischen Kolonien in unmittelbarer Nachbarschaft flirren, sie kennen keinen Wassermangel. Ihre Produkte vertreiben sie in der ganzen Welt. Die Einheimischen müssen ihr eigenes Wasser teuer von der israelischen Wasserkompanie abkaufen.

Wiederaufbauen - Sumud

Die Solidaritätsbewegung im Jordantal hilft, zerstörte Häuser wieder aufzubauen. Der Bau von einfachen Schulen und Gesundheitsstationen ist von grosser Bedeutung. Kinder sichern die Zukunft. In Oberfasyal wurde das von der Jordan Valley Solidarity Campaign gebaute Schulhaus nur deshalb nicht abgerissen, weil sich Tony Blair als Sondergesandter des Nahost-Quartetts medienwirksam für den Erhalt der Schule eingesetzt hatte. Die Solidaritätsbewegung des Jordantals arbeitet beharrlich an Lösungen für die fast aussichtslos erscheinenden Probleme.

Das Treffen in Hadidiyya endet mit einer fröhlichen Baumpflanzaktion. «Diese Bäume werde ich wie meine Augäpfel hüten – immer werde ich genügend Wasser aufreiben, damit sie wachsen können», sagt Abu Saker. Die Aktivisten pflanzen am gleichen Tag auch Bäume im nahen Samra. Die Einheimischen vertrauen auf ihre eigene Kraft und suchen internationale Verbündete. In Frankreich und in England gibt es Jordan Valley-Unterstützungskomitees. «Wir bleiben hier, egal wie uns die israelische Armee und die Kolonisten das Leben schwer machen.»

Elisabeth Lutz

www.jordanvalleysolidarity.org



Die Women in Black

Die internationale Bewegung der *Women in Black* (Frauen in Schwarz) wurde im Januar 1988 gegründet, einen Monat nach Beginn der ersten palästinensischen Intifada. Eine kleine Gruppe israelischer Frauen, die eine einfache Art des Protests erfunden hatten: Einmal in der Woche fanden sie sich zusammen, zur selben Zeit, am selben Ort – an einer befahrenen Kreuzung – sie waren in Schwarz gekleidet und hielten ein schwarzes Signet – eine grosse überdimensionale schwarze Hand auf – wo mit weissen Lettern stand: «Stop the Occupation».

Es war ein 'einfacher' Protest, sie konnten ihre Kinder mitbringen, mussten nicht in grosse Städte gehen, kein Protestmarsch war vorgesehen, auch kein Singen, die grossen schwarzen Hände waren ihre Proteste. Innerhalb weniger Monate waren diese in ganz Israel bekannt. Bald darauf wurden solche Mahnwachen in anderen Ländern wie in den USA, Kanada und später auch in Europa und Australien durchgeführt. Einige dieser Mahnwachen wurden durch jüdische Frauen organisiert, an vielen Protestaktionen standen jüdische wie palästinensische Frauen solidarisch schwarz bekleidet für eine bessere und gerechtere Welt nebeneinander.

Frauen in Schwarz verselbständigen sich

1990 wurden diese Mahnwachen 'eigenständig' und abgekoppelt von der israelischen Besetzung: In Italien zum Beispiel fanden Mahnwachen auch gegen die Gewalt der



Mafia und andere organisierte Kriminalität statt. In Deutschland protestierten diese Frauen gegen Neonazis, Rassismus gegenüber AsylbewerberInnen und Atomwaffen; und in Belgrad und in Zagreb zeigten die Frauen in Schwarz eine beispielhafte Solidarität während des Balkankrieges, was für viele Frauen (und Männer) als Signalwirkung und Ermutigung gesehen wurde, sich aktiv für Frieden und Verständigung einzusetzen.

In Indien hielten Frauen Mahnwachen, um gegen die Gewalt an Frauen durch religiöse Fundamentalisten zu protestieren. Die Frauen in Schwarz wurden zur Gewissensbewegung der Frauen auf der ganzen Welt: Die Aktionen richteten sich gegen Kriege, gegen die Rüstungsindustrie, gegen eine Militarisierung der Gesellschaft, Rassismus, Gewalt gegen Frauen usw. Jede Mahnwache ist autonom, das Symbol der schwarzen Bekleidung symbolisiert das Leiden der Opfer; was alle Frauen in Schwarz verbindet, ist die Bekenntnis für eine gerechtere Welt.

Eindruckliche Standhaftigkeit

Die Frauen in Schwarz in Israel gewannen viele Preise wie den Aschen Peace Prize 1991, den Peace Award of the City of San Giovanni, d'Asso in Italien 1994, den Jewish Peace Fellowship's Peacemaker Award 2001, und erhielten zudem im selben Jahr den Millennium Peace Prize for Women, ausgezeichnet durch den United Nations Development Fund for Woman (UNIFEM). Die Standhaftigkeit dieser Frauen ist sehr eindrücklich, viele demonstrierende Frauen sind seit 1988 dabei. Dank des Bekanntheitsgrades dieser Frauen schliessen sich jeden Freitag 'Internationale', d.h. AktivistInnen aus der ganzen Welt, Frauen wie Männer, solidarisch diesen Demonstrationen an, so dass diese Mahnwachen Woche um Woche weitergeführt werden können. *Francine Perret*

Die *Women in Black*-Mahnwache findet jeden Freitag zwischen 13 bis 14 Uhr an den folgenden Orten statt: Jerusalem – Hagar (Paris) Square, Tel Aviv King George & Ben Zion Blvd., Haifa – Ben Gurion & Hagefed, Gan Shmuel (Kibbutzeingang). www.womeninblack.org/en/about, (Women in Black, P.O. Box 9031, Jerusalem, womeninblackjerusalem@yahoo.com)

Die AktivistInnen

Mazin Qumsiyeh, Professor in Bethlehem und Birzeit, ist gleichzeitig Aktivist und Autor. Einer vielversprechenden Karriere in den USA zog er die Rückkehr in seine palästinensische Heimat Beit Sahour vor. Qumsiyeh organisierte Demonstrationen gegen den Verlauf der Mauer rund um Al Walaja, dem Nachbardorf. Er wurde mehrmals verhaftet. Der zunächst erfolgreiche gewaltfreie Kampf ist dokumentiert im Buch «Popular resistance – a History of Hope and Empowerment». Bittere Realität: Das Dorf wird jetzt durch die Mauer von den Nachbardörfern abgeschnitten, die illegalen Siedlungen brauchen mehr Platz). Als Qumsiyeh an einem 24. Dezember mit andern die Nacht im Gefängnis sass, begann er zu singen. Zum Soldaten, der ihm zu schweigen gebot, sagte er: «Es wurde uns verboten zu sprechen, aber singen wurde nicht verboten».

Qumsiyeh thematisiert in seinen zahlreichen Publikationen und Vorträgen auch Mängel der eigenen Gesellschaft, die den notwendigen Wandel erschweren. Der Titel von Qumsiyehs erstem Buch, «Das Land Kanaan teilen» – Sharing the Land of Canaan – beschreibt seine wichtigste Botschaft: Es gibt keine unüberwindbaren Gründe, die uns daran hindern, hier als Menschen in gegenseitigem Respekt zu leben, im gleichen Land. Die Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch die israelischen Machthaber muss gestoppt werden. Qumsiyeh ist ein Botschafter des kreativen zivilen Widerstandes des palästinensischen Volkes – der an vielen Orten auch von israelischen und internationalen Verbündeten unterstützt wird. Mazin Qumsiyehs unermüdlicher Appell heisst Partizipation. «Nehmen wir unser Schicksal selbst in die Hand, allem Unrecht und allen Widerständen zum Trotz».



Dorothy Naor, geboren in den USA, wohnhaft in Herzliya, ist Mitglied der israelischen Organisation «new profile». Die vier bis zwölf Artikel, die Dorothy täglich aus Online-Zeitungen weltweit auswählt und kurz kommentiert, schickt sie an mehrere Tausend Personen. Wenn von Abwässern in Gaza-Stadt, die durch die Strassen fliessen, weil aus Benzinmangel die Pumpen ausfallen, berichtet wird – wenn Kinder in Gaza kleine Papierschiffe basteln mit der Botschaft «Du kannst helfen, Licht auf einen dunklen Pfad zu bringen», liegen in den Berichten Verzweiflung und Lichtpunkte nah beieinander. Dorothy schirmt sich nicht ab.

Wie sich das tägliche Geschehen in Israel und in den besetzten Gebieten in den Medien spiegelt, das zu dokumentieren hat Dorothy sich zur Aufgabe gemacht. «Würden die Soldaten eine Israelin so behandeln? – Wir haben unsere Seele verloren, wenn die Zerstörungen und Missachtung von Grundrechten von arabisch-palästinensischen Menschen als notwendig für die Sicherheit Israels hingestellt wird». Dorothy besucht seit Jahren ihre palästinensischen Freunde auf der andern Seite, zusammen mit ihrem Mann, dem früheren Österreicher, der den Vornamen «Israel» trägt. «Es gäbe einen weltweiten Aufschrei, wenn es jüdische Kinder wären, die als 8-12-Jährige inhaftiert werden». Oft endet Dorothy ihre Einleitung mit: Möge morgen ein besserer Tag kommen. Ihre Sorge gilt genauso den jungen Israeli, denen im Soldatendienst in den besetzten Gebieten oft ihre Menschlichkeit abhanden kommt. «Araber als Nachbarn? Wo ist das Problem?» ist das Credo von Dorothy Naor.

Elisabeth Lutz

Das Mauer-Museum

Zu Weihnachten 2011 und im September 2012 entstand das «Wall Museum», bestehend aus 60 Postern, die an der Trennmauer nahe 'Rahels Grab' (siehe unten) in Bethlehem befestigt wurden, ausgehend von einer Initiative des «Sumud Story House» des «Arab Educational Institute». Die Posters zeigen Schicksale und das reale Leben von Palästinenserinnen, ihr Leiden und die Unterdrückung durch die israelische Besetzung sowie auch ihre Unerschütterlichkeit, innere Stärke und kulturelle Identität, das die Trennmauer versteckt und tötet. Alle Geschichten, welche von Frauen aus der Umgebung von Bethlehem, Beit Jala und Beit Saour, aber auch von Dörfern rings um Bethlehem stammen, haben einen Bezug zur Mauer. Durch individuelles Sponsoring soll das Museum vergrössert und durch Geschichten von Jugendlichen oder Bauern, die ihr Land durch die Nakba 1948 oder später verloren haben, erweitert werden.

Auf der Mauer gibt es auch zwei Posters zur Geschichte von Claire Anastas, dessen Guesthouse und Laden in Bethlehem von drei Seiten eingemauert wurde. Die imposante Mauer

wurde nicht einmal fünf Meter zum Laden von Claires Guesthouse und Laden entfernt, gebaut und ist mit vielen Überwachungskameras ausgestattet. Nur ein kleiner Weg führt zum Laden; nur noch wenige Touristen finden den Weg dorthin.

Bis 1990 war 'Rahels Grab' ein Pilgerort für Moslems, Christen und Juden; es war einer der beliebtesten Plätze Bethlehems, und hier verlief die Hauptverkehrsader zwischen Bethlehem und Jerusalem. Die Realität sieht heute anders aus: In den 90er-Jahren wurde Rahels Grab zu einer israelischen Festung, die Trennmauer, welche 8 bis 9 Meter hoch ist, verläuft durch den Norden Bethlehems und folgt einem verschlungenen Weg, der etwa 1,3 km in das Gebiet Bethlehems hineinführt. Rahels Grabstätte ist eine der vielen Enklaven, welche die Mauer einschliesst. Dieser Ort wurde auch zum Fokus der palästinensischen Proteste, insbesondere während der zweiten Intifada ab September 2009. Es wurde den Einwohnern Bethlehems verboten, Rahels Grab zu besuchen. Im Laufe der Zeit mussten nicht weniger als 64 Läden, Garagen, die an der Hebronstrasse lagen, ihre Geschäfte schliessen. *fp*



Zivildienst-Aufbau noch lange nicht abgeschlossen

Am 16. Oktober wurde Samuel Werenfels im Berner Käfigturm der 3. Prix Civiva für herausragende Zivildienst-Leistungen verliehen. Er war der erste Leiter der Vollzugsstelle für den Zivildienst und hat über fünfundzwanzig Jahre lang diesen zivilen Ersatzdienst für Militärverweigerer aufgebaut und gestaltet. Gewürdigt wurde der 'Vater des Schweizer Zivildienstes' in der letzten FRIEDENSZEITUNG. Wir bringen hier Auszüge aus seiner Rede, die er an der Preisverleihung hielt.

/ Samuel Werenfels /

Sie wissen, ich habe meine Tätigkeit für den Zivildienst Ende Juli dieses Jahres beendet. Für mich ist die heutige Preisverleihung definitiv mein letzter Auftritt im Zusammenhang mit dem Zivildienst. Blicke ich auf das Erreichte zurück, so stelle ich jedoch fest, dass die Aufbauarbeit noch lange nicht abgeschlossen ist. Der Zivildienst ist im Kontext der Bürgerpflichten und speziell der allgemeinen Militärdienstpflicht noch nicht in jeder Hinsicht richtig eingebettet. Es gibt immer noch Rahmenbedingungen und Vollzugsbestimmungen, die im Gesamtbild nicht zusammenpassen. Es gibt Ungerechtigkeiten, die so nicht beibehalten werden dürfen. Vier Beispiele will ich dazu anführen:

1. Wo bleibt die allgemeine Wehrpflicht?

Die allgemeine Militärdienstpflicht ist keine allgemeine mehr, weil nur noch eine Minderheit sie erfüllt. Der Prozentsatz derer, die alle Militärdiensttage leisten, liegt seit Jahren deutlich unter 50 Prozent. Nur wenn man die Zivildienstler dazurechnet, die im Zivildienst ebenfalls ihre Militärdienstpflicht erfüllen, kommt man noch auf Werte wenig über 50 Prozent. Wer das Gegenteil behauptet, vernebelt die Wahrheit; ebenso, wer geltend macht, die Militärdienstpflicht erfülle auch, wer Zivilschutzdienst leiste. Eine solche Argumentation ist mit dem Verfassungstext nicht vereinbar und verletzt jedes Gerechtigkeitsempfinden.

Wer so argumentiert, müsste erklären, warum 60 Tage Zivilschutzdienst mit 260 Tagen Militärdienst gleichwertig sind und warum mit Blick auf den Zivilschutzdienst der Zivildienst 390 Tage dauern muss. Wenn man alle jungen in der Schweiz lebenden Menschen in Betracht zieht, wird noch klarer, wie wenige von ihnen die Militärdienstpflicht wirklich erfüllen. Denn die meisten Frauen und alle jungen Ausländerinnen und Ausländer sind davon ausgenommen.

2. Der allzu einfache 'blaue Weg'

Der 'blaue Weg' der Ausmusterung aus ärztlichen Gründen ist nach wie vor viel zu einfach: Wer nicht Militärdienst leisten will, kommt problemlos weg. Und wer ein paar Wochen Militärdienst geleistet hat, bevor er sich ausmustern lässt, muss sehr oft auch nicht Zivilschutzdienst leisten, sondern ist ganz dienstbefreit. Denn der Zivilschutz hat manchenorts massive Überbestände. Der Weg aus der Militärdienstpflicht hinaus ist einfach und die Vorteile sind evident. Das System setzt falsche

Anreize und regt gesunde Pflichtige zu Unehrlichkeit an.

3. Ungerechter Wehrpflichtersatz

Die Auffanglösung für diejenigen, die weder Militär- noch Zivildienst leisten, ist der Wehrpflichtersatz. Aber auch dieser bringt letztlich keine gerechte Lösung, weil er viel zu tief ist, nur bis zum 30. Altersjahr dauert und in eine Zeit fällt, in der das Einkommen der Pflichtigen in der Regel noch nicht hoch ist. Wer den Wehrpflichtersatz zahlt, kommt meistens sehr viel besser weg als derjenige, der seine Pflicht durch eine persönliche Dienstleistung erfüllt.

4. Totalverweigerer kommen günstiger weg

Stossend ist schliesslich auch, dass der Totalverweigerer, der jeden Dienst ablehnt, sehr viel günstiger wegkommt als der Zivi, der 'nur' den Militärdienst verweigert. Der Totalverweigerer, der nicht vorbestraft ist, kann seine Freiheitsstrafe in Form der gemeinnützigen Arbeit verbüssen, wobei zwei Tage Freiheitsstrafe zu einem Tag Arbeitsleistung führen. Es gilt also ein Faktor von 0,5. Der Totalverweigerer leistet seine Arbeitsleistung oft in einem Spital oder Pflegeheim, das für die gleichen Arbeiten auch Zivis beschäftigt. Für Zivis gilt der Faktor 1,5. Nur in einem einzigen Punkt steht der Totalverweigerer schlechter da: Seine Strafe wird im Strafregister eingetragen. Dieser Eintrag wird jedoch nach ein paar Jahren gelöscht. Ist er effektiv 260 oder mehr Dienstage Differenz wert?

Fazit: Keine gleichwertige Dienstpflicht

Mein Fazit zur aktuellen Lage lautet deshalb: Die verschiedenen Formen der Erfüllung der Dienstpflicht sind nicht gleichwertig. Dass einerseits der blaue Weg weit offen steht und andererseits für den Zivildienst immer noch Gewissensgründe verlangt werden, passt nicht zusammen. Der Anspruch der Wehrgerechtigkeit ist noch nicht sauber erfüllt und das heutige System ist noch nicht wirklich gut. Dass kürzlich die Initiative für eine Aufhebung der Wehrpflicht verworfen wurde, darf nun nicht in die Feststellung münden, deswegen sei das heutige System in Ordnung und sakrosankt und es müsse weder hinterfragt noch reformiert werden. An der Urne wurde nur eine ganz bestimmte Alternative zum Status quo abgelehnt. Mehr ist nicht passiert.

Wehrpolitiker und hohe Militärs haben verschiedentlich geltend gemacht, eine Armee-reform gelinge nur, wenn die Verfassungsgrundlagen der Militärdienstpflicht nicht in Frage gestellt würden und das politische Umfeld Ruhe gebe, solange die Reform laufe. Meine Sorge lautet: Die Armee-reform darf nicht als Ausflucht dafür dienen, nun die Diskussion über die künftige Ausgestaltung der Wehrpflicht weiter zu vertagen oder aber nur kosmetische Änderungen zuzulassen.

Armee: Fundamente renovationsbedürftig

Die Armee-reform wurde gestartet, bevor in der Frage der Ausgestaltung der Bürgerpflichten die Ausgangslage bereinigt war. Das war nicht falsch, weil die Armee-reform wirklich nötig ist. Aber nun erhält das Gebäude Armee ein neu-

es Dach und eine frische Fassade, obwohl die Fundamente renovationsbedürftig sind. Der hauptsächlich Renovationsbedarf liegt darin, dass die Konzeption der Bürgerpflicht, die dem Militärdienst, dem Zivildienst und dem Zivilschutzdienst zugrunde liegt, dem Postulat der Gerechtigkeit in verschiedener Hinsicht nicht genügt.

Gerechtigkeit ist ein moralisches Postulat. Es geht daher – befürchte ich – letztlich um die Frage, wie sehr uns Moral und Gerechtigkeit als Grundlagen unseres Staatswesens wichtig sind. Darüber hinaus geht es aber auch ganz grundsätzlich um die Frage, welche aktiven Beiträge der Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern heute noch einfordern soll und muss und wo und in welchem Ausmass er Zwang anwenden darf. Ein liberaler Staat muss sich mit diesen Fragen immer wieder kritisch auseinandersetzen. Ich bin mir nicht sicher, ob wir Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, Wertediskussionen offen und ehrlich zu führen und für bessere Lösungen Mehrheiten zu finden.

Was heisst das nun für den Zivildienst?

Denn es geht um ein Thema, das mit Dogmen behaftet und vor allem für Männer auch mit Emotionen beladen ist. Wohl hörte man vor der Abstimmung über die Wehrpflichtinitiative in Medien und im Parlament Stimmen, die geltend machten, mit der Abstimmung werde nur die Ausgangslage für die Weiterarbeit am Thema Militärdienstpflicht geklärt und nachher seien grundsätzliche Diskussionen dringend nötig. Genau daran soll heute erinnert werden. Diese Arbeit darf weder vertagt noch verharmlost werden.

Was heisst das alles nun für den Zivildienst? Dass er funktioniert und immer mehr als sinnvoll anerkannt wird, ist kein ausreichender Grund dafür, an seiner aktuellen Ausgestaltung stur festzuhalten. Es wäre seltsam, von allen Organisationen zu verlangen, sie sollten sich weiterentwickeln, und den Zivildienst davon auszunehmen. Was könnte beim Zivildienst ändern?

○ Im Vordergrund steht wohl die Frage, welche Personen Zivildienst leisten dürfen. Der Zivildienst könnte für Frauen, Jugendliche, Ältere, Militärdienstuntaugliche oder Ausländer/innen geöffnet werden. Dann müssten ihm allerdings auch Aufgaben übertragen werden, deren Erfüllung eine viel grössere Anzahl Dienstleistender voraussetzt.

○ Auf den Prüfstand gehört aber auch die Dauer des Zivildienstes, denn Gerechtigkeit heisst auch Lastengleichheit.

○ Und es stellen sich Fragen zur Kooperation des Zivildienstes mit Bevölkerungsschutz und Armee. Auch hierbei geht es um Fragen nach den künftigen Aufgaben des Zivildienstes. Kooperation heisst in erster Linie praktische Zusammenarbeit bei der Aufgabenerfüllung. Erst in zweiter Linie stellen sich auch Fragen der Zuständigkeiten für den Vollzug und der organischen Unterstellung. Am Schluss steht die hochpolitische Frage, wem im Bund die Definitionsmacht über den Zivildienst zukommen soll.

Beratungsstelle für Militärverweigerer wird aufgelöst

Der Zivildienst nimmt niemandem was weg

Antworten auf die genannten Fragen müssen mein Nachfolger und das Wirtschaftsdepartement (dem der Zivildienst unterstellt ist) finden. Ich denke, wenn die Grundlagen der Militärdienstpflicht zur Diskussion stehen, dann darf keine der Fragen rund um einen künftigen Zivildienst ausgeklammert werden. Ich hoffe, dass in den kommenden Diskussionen Sachargumente den Ausschlag geben. Der Zivildienst nimmt niemandem etwas weg. Niemand muss vor ihm Angst haben. Diejenigen, die ihn vollziehen, wissen sehr wohl,

- dass er 'nur' Ersatzdienst ist,
- dass er wehrpolitisch und gesellschaftspolitisch heute eine ernstzunehmende Realität ist,
- dass er im Kontext der Wehrpflicht eine systemerhaltende Funktion hat,
- dass er die ehrlichere Lösung als der 'blaue Weg' ist,
- dass er im Verhältnis junger Bürger zu ihrem Staat eine Integrationsfunktion hat und
- dass die soziale Schweiz ärmer und in ihrer Handlungsfreiheit zurückgebunden würde, wenn es keinen Zivildienst und keine Zivis mehr gäbe.

Im Wissen um all dies bin ich auf das Erreichte stolz. Und darum habe ich auch keine Angst, was den Zivildienst und seine Zukunft betrifft.

Die Beratungsstelle von zivildienst.ch, die ein letztes unabhängiges Büro für alle Fragen um Zivildienst und Militärverweigerung an der Zürcher Gartenhofstrasse führte, wird auf Ende Januar 2014 ihre Tätigkeit aus finanziellen Gründen weitgehend einstellen. Ein Netzwerk von freiwilligen Beratern wird weiterhin aufrechterhalten. Dringende Anfragen, die wohl in Zukunft an den Zivildienstverband CIVIVA gelangen werden, können an diese Berater weitervermittelt werden. Dem bisher mit einem 60%-Pensum angestellten Piet Dörflinger musste gekündigt werden und die Büroräumlichkeiten werden aufgegeben. Wie kam es dazu?

'Opfer' des eigenen Erfolgs

Nach Angaben von Piet Dörflinger gingen die Spendeneinnahmen für die Beratungsstelle, die ausschliesslich auf private Unterstützung angewiesen war, seit längerem zurück. 'Schuld' daran ist ausgerechnet ein grosser Erfolg der Zivildienstaktivisten – seit auf den 1. April 2009 die Gewissensprüfung für die Leistung eines Zivildienstes abgeschaffen wurde, brachen die Spenden massiv ein. Viele dachten wohl, dass es eine solche Beratung nicht mehr brauche. Hinzu kam, dass auch institutionelle Spender wie Kirchgemeinden, die früher

grosszügige Beiträge geleistet hatten, nach und nach ausfielen. Mit dem letzten Spendenaufruf der Beratungsstelle an einige Tausend Spender konnten gerade noch die Kosten des Versandes gedeckt werden.

Stark veränderte Beratungsarbeit

Auch hatte sich die Arbeit der Beratungsstelle in den letzten Jahren stark geändert. «Während wir früher Zivildienstleistende in Massen bei Gewissensprüfungen begleitet und Militärverweigerer bei Prozessen unterstützt hatten, berieten wir in letzter Zeit eher schwierigere Einzelfälle, deren Beratung eigentlich ein gesetzlicher Auftrag der Zivildienstbehörden wäre. Kommt dazu, dass sich die Ratsuchenden vermehrt über Homepages informieren oder über ihre mobile Vernetzung untereinander austauschen. So hat sich die Beratungsstelle selbst überholt.

Der Verein zivildienst.ch schlägt nun seinen Mitgliedern eine Integration in CIVIVA vor, um weiterhin die Zeitung «Le Monde Civil» herauszugeben und die dringend notwendige politische Arbeit weiterzuführen. Das künftige Berater Netzwerk wird die praktischen Informationen, die bisher auf der Website www.zivildienst.ch zu finden waren, weiterhin online zur Verfügung stellen. (pw)

Breaking the silence

Im Juni 2004 stellten sechzig Soldaten der israelischen Armee eine Ausstellung vor, die anhand schriftlicher Augenzeugenberichte und Fotos ihren Wehrdienst in den besetzten Gebieten dokumentierte. Daraus ging die Gründung der Organisation «Breaking the silence» hervor, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Alltag der Soldaten in den besetzten Gebieten zu beschreiben. Die Organisation hat Frauen und Männer interviewt, die seit dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 in der israelischen Armee dienen. Von den 800 Interviews, die mit den Soldaten geführt worden, sind 146 Berichte von 106 Augenzeugen ausgewählt worden, die als Buch 2010 auf Hebräisch und 2012 auf Deutsch erschienen sind.

Im Vorwort schreibt Avi Primor, israelischer Botschafter in Deutschland von 1993-1999, dass es den Frauen und Männern von «Breaking the silence» um nichts Geringeres als die Menschenrechte geht und damit ums Überleben ihres Staates. Avi Primor erwähnt, es hätte die jungen Leute viel Zivilcourage gekostet, ihre Taten und Erlebnisse aufzuschreiben und zu veröffentlichen, werden sie doch von der israelischen Öffentlichkeit missachtet; er bedauert, dass sich in Israel noch niemand mit den Aussagen dieser Organisation auseinandergesetzt hat.

Zusammenspiel von Siedlern und Militär

Im Kapitel «Durchsetzung von Recht und Ordnung» wird aufgezeigt, wie verbunden die Siedler mit der israelischen Armee sind, wie sie sich gegenseitig in die Hände spielen. Die Siedler nehmen an Militäraktionen teil und vertreiben so die Palästinenser aus dem Land und erweitern auf diese Art ihre Gebiete. Viele Augenzeugen berichten von tätlichen Angriffen auf alte und kranke Frauen und Männer,

die von halbwüchsigen Siedlern begangen werden, die dafür von deren Eltern gelobt werden. Es wird berichtet, die israelischen Soldaten müssten oftmals die Palästinenserinnen vor den Siedlern schützen.

In den Augenzeugenberichten mit dem Titel: «Trennung – Kontrolle, Enteignung und Annexion» geht es um die Kontrolle über die palästinensische Bevölkerung, die zur Enteignung von Grundbesitz führen kann. Ein ehemaliger Soldat erzählt eindrücklich, wie beschämt er sich fühlte, anzuhören, wie ein Bauer weinend zu ihm kam und sagte, dass er den nun ausgerissenen Feigenhain vor zehn Jahren gepflanzt hätte und er nur einmal Feigen ernten konnte. Der Feigenhain wurde durch arabische Bulldozerfahrer zerstört.

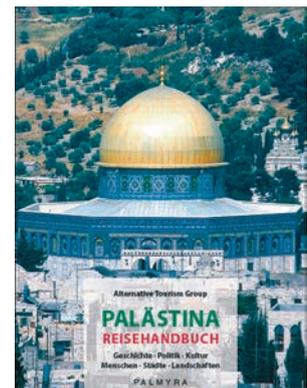
Bemerkenswert kritische Herausgabe

Im Kapitel «Vorbeugung – Einschüchterung der palästinensischen Bevölkerung – wird unter anderem darüber informiert, wie man gegen den gewaltlosen Widerstand der palästinensischen Bevölkerung vorgeht. Die politischen Aktivisten werden festgenommen und über die Dörfer werden Ausgangssperren verhängt. Zu denken gibt die Aussage eines Soldaten, der sich nach dem Erschiessen eines elfjährigen Knaben, (er war auf einen Mannschaftstransporter geklettert) glücklich fühlte, sich als Mann bewiesen zu haben.

Im dritten Teil «Lebensstruktur – Die Verwaltung des Lebens palästinensischer Zivilisten» geht es um die Darstellung der unterschiedlichen Aktivitäten des Militärs, wie Kontrollpunkte errichten, in Häuser eindringen und sie zerstören und gezielt zu töten. Ein eindrückliches Beispiel aus vielen Berichten ist derjenige eines Soldaten, der erzählt, dass es ihn anwidert zu sehen, wie israelische Soldaten Fussball in einem Gebäude spielen und die Palästinenser draussen unter Umständen tagelang auf eine Genehmigung warten müssen.

Es ist bemerkenswert, dass ein solch kritisches Buch in Israel herausgegeben worden ist. Das Buch mit den vielen Augenzeugenberichten ist schwierig zu lesen, weil es so viel Negatives enthält, doch es lohnt sich, einzelne Berichte und die Kommentare von Avi Primor zu lesen. Ausserdem enthält das Buch mehrere Landkarten von den besetzten Gebieten mit den verschiedenen Kontrollpunkten und Sperren.

Breaking the Silence. Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten. Econ Verlag, Berlin 2012, 416 Seiten, Fr. 33.90



Der Palmyra-Verlag hat ein Reisehandbuch zu Palästina veröffentlicht: Mit einem Umfang von 664 Seiten und über 800 Farb- und Schwarz-Weiss-Fotos richtet sich das Buch nicht nur an politisch, geschichtlich, kulturell oder religiös interessierte Reisende, sondern an alle, die grundsätzlich mehr über Palästina, die Palästinenser und den Nahostkonflikt erfahren möchten. Es ist vor allem ein Reiseführer, der Palästina aus der Sicht von Palästinensern vorstellt. Daraus ist ein sehr umfassender und attraktiver Reiseführer entstanden.

Alternative Tourism Group: Palästina Reisehandbuch. Geschichte, Politik, Kultur, Menschen, Städte, Landschaften. Palmyra Verlag, Heidelberg 2013, 664 Seiten, Fr. 43.90

Esperanto, die Friedenssprache

Am 9./10. November fand zum zweiten Mal eine gesamtschweizerische Tagung zur Friedensbildung in der Schweiz im Friedensdorf in Broc FR statt, an ein Dutzend Friedens-NGO unter starker Beteiligung aus der französischen Schweiz teilnahmen. Wir lassen nachfolgend zwei dieser Organisationen sich selbst vorstellen – die erste, die *esperanto*-Bewegung, gehört zu den ehrwürdigen Friedensorganisationen, die zweite, das Zentrum für integrale Friedensförderung, existiert noch nicht lange.

/ Mireille Grosjean, Genf /

Über Esperanto kann jeder zuerst *Wikipedia* befragen. Wählen Sie besser die französische oder englische Version, denn die deutsche ist nicht so umfassend wie die zwei anderen und wird dauernd gekürzt. Das geschieht manchmal mit Esperanto, eine verdächtige Sprache, «die gefährliche Sprache» (Titel eines Buches von Ulrich Lins).

Esperanto wurde von einem 14jährigen Knaben erfunden und kreiert. Der Zweck dieses Idioms ist, eine internationale Sprache zu schaffen, die als Verbindung zwischen den Kulturen dient. Erster abzuschaffender Stereotyp: Esperanto zielt nicht darauf ab, die existierenden Sprachen zu verdrängen. Der Erfinder mit Namen Zamenhof wollte die interkulturellen Kontakte erleichtern und die Menschen sich näher bringen. «Native speakers» waren nicht vorausgesehen. Doch das gibt es: Wenn an einem Kongress ein Mann aus Frankreich einer Frau aus Polen begegnet und eine Liebesgeschichte anfängt, dann kann es zu einer Ehe und zur Geburt von Kindern kommen; diese werden ganz natürlich die Sprache der Mutter, die Sprache des Vaters und die Elternsprache Esperanto lernen und benutzen.

Hier ist kein Platz für einen Sprachkurs. Das finden Sie auf www.lernu.net oder Sie kaufen ein Lernbuch. Wichtiger ist die Anerkennung dieser neuen Sprache:

1887: Das erste Esperanto-Buch mit den 16 Regeln erscheint.

1905: Der erste Esperanto-Weltkongress mit mehr als 600 Teilnehmern findet statt.

1923: Die Weltpostunion deklariert, dass Esperanto kein Code ist, sondern eine klare Sprache.

1954: Die UNESCO verabschiedet eine Resolution über Esperanto mit positiven Anregungen an ihre Mitgliedstaaten.

1967: Die ISO, die internationale Normorganisation beschliesst, dass für Esperanto die zwei Buchstaben «eo» gelten. Vergleiche www.eo.wikipedia.org.

1985: Zweite UNESCO-Resolution zu Esperanto.

1993: Der internationale PEN-Club nimmt «Esperanto PEN Klub» an.

2006: Esperanto wird anerkannte Sprache im gemeinsamen europäischen Referenzrahmen gemäss Vorschriften des Europarates.

2008: Der Grosse Rat des Kantons Neuenburg bewilligt eine Motion über Esperanto «Valoriser l'Espéranto».

2011: Die Stadt La Chaux-de-Fonds bewilligt eine Motion über Esperanto.

2012: Google übersetzt ins Esperanto und aus dem Esperanto.

2013: Sprecher in mehr als 125 Ländern, Radios, Fernsehen, originale Literatur, viele Übersetzungen, eine Dachorganisation «Universala Esperanto Asocio» mit 70 Vereinen in verschiedenen Ländern und 55 Fachorganisationen (unter anderen der Lehrerbund, die Schriftsteller, Ärzte, Journalisten, Velofahrer, Vegetarier, Katzenliebhaber, Buddhisten, Christen, Bauarbeiter, Händler, Rechtsanwälte, Homosexuelle usw.), mehr als 188'000 Artikel im Esperanto Wikipedia (November 2013).

Pazifismus

– Jedem Volk seine Sprache, der Menschheit Esperanto. Diese Sprache ist neutral und schadet den lokalen Idiomen und Dialekten nicht.

– Um die Verständigung zu entwickeln, ist es zuerst nötig, dass sich die Leute untereinander verstehen.

– Jeder sieht im anderen Menschen eine gleichgestellte Person. Die Sprecher spüren, dass sie zu einer weltweiten Familie gehören.

– Die internationale Sprache wirkt als Brücke zwischen den Völkern. Das ist spürbar in den Kongressen und Sitzungen.

– Einige Leute wissen, dass im Jahre 1914 die

deutschen und französischen Soldaten (und die vielen Inder, Gurkhas aus Nepal, Afrikaner und andere aus den Kolonien) nach vier Monaten Krieg zusammen Weihnachten gefeiert haben. Es wurde sogar ein Film über dieses Thema gedreht. Wenige Leute aber wissen, dass die ersten Stimmen aus den Schützengräben zum gemeinsamen Feiern auf Esperanto gerufen haben.

– Die Studenten in Burundi sagten zu mir: «Wenn wir unter uns Esperanto sprechen, bauen wir etwas Neues, gehen wir neue Wege. Französisch und Kirundi sind mit dem Krieg verbunden. Esperanto ist für uns die Sprache des Friedens» (2011). Esperanto bietet eine Brücke zwischen den Kasten in diesem Land.

– Esperanto ermöglicht Kontakte in der ganzen Welt. Deswegen kämpfen alle Diktatoren gegen Esperanto. Hitler und Stalin haben Esperantisten verfolgt und hingerichtet; und jetzt geht es weiter in Nord-Korea...

Eine Ohrfeige für Japan

Als der japanische Shogun die Schiffe aus Europa gesehen hatte und die Expansionspläne der europäischen Mächte verstand, hat er beschlossen, sein Land zu schliessen; und dies hat fast drei Jahrhunderte gedauert, genauer von 1603 bis 1868. Als die japanische Regierung am Ende des 19. Jahrhundert die Augen öffnete, stellte sie fest, dass es kolonisierende Mächte sowie kolonisierte Regionen und Völker gibt. Es wurde beschlossen, dass Japan zur ersten Gruppe gehören musste. Die Folge davon ist bekannt: Japan eroberte einen grossen Teil Asiens und benahm sich grausam, wie es alle Kolonialmächte machten: Alle Unterworfenen mussten japanisch lernen und benutzen, die lokale Tradition wurde verboten, die Gegner festgenommen und getötet, Soldaten rekrutiert... Die japanische Führung leitete diese Eroberung bis zum bitteren Ende im August 1945, der ersten Niederlage in der ganzen japanischen Geschichte. Noch heute ist die Feindschaft gegen Japan in Korea, den Philippinen, China spürbar.

Es war aber nötig, einmal alle diese schmerzvollen Ereignisse auf den Tisch zu legen und in Details zu beschreiben. Es entstand ein Geschichtsbuch mit dem Titel «Geschichte, um die Zukunft zu öffnen». Fachleute aus China, Korea und Japan sassen zusammen und schrieben ein Werk, das viele Bilder, Kommentare von Augenzeugen, von Soldaten, von Opfern enthält. Das Buch besteht in drei Versionen: auf koreanisch, chinesisch und japanisch, mit genau demselben Inhalt. Es erschien 2005.

Der Weltkongress von Esperanto war 2007 in Yokohama, Japan geplant. Der Koreaner Lee Chong Yeong, damals Präsident des Esperanto-Weltbundes (Universala Esperanto Asocio UEA) organisierte die Übersetzung dieses Werkes, und 2007 war das Buch «Historio por malfermi estontecon» am Kongress zu kaufen. Meine esperanto-sprechenden japanischen Freunde sagten zu mir: «Das ist das Buch, wo wir die Bösen sind...» Diesen Eindruck konnten sie bekommen, weil sie bis dahin nur zensurierte Geschichtsbücher zur Verfügung hatten, und einmal musste die Wahrheit explodieren.

Wegen zwei Sätzen hat die jetzige japanische Regierung das Werk nicht als Schulbuch erlaubt (ein Satz beschreibt die 'Benutzung' koreanischer Frauen als 'Trostfrauen' für japanische Soldaten; der zweite Satz beschreibt die 'Benutzung' von Zivilpersonen als Schild für die japa-



nische Armee 1945 in Okinawa). Dieses Buch gibt es nicht auf englisch. Für die LeserInnen, die weder japanisch noch koreanisch noch chinesisch können, ist Esperanto die leichteste Art und Weise, zum Inhalt zu kommen.

Demokratie

– 1 Mensch = 1 Mensch. Niemand ist oben, niemand ist unten. Versuchen Sie, im Gespräch mit einem Engländer auf englisch zu argumentieren... Während Sie Ihre Wörter suchen, sucht er schon seine Argumente! Er ist immer einen Schritt voraus! Esperanto bietet eine faire Lösung.

– Der Sprachenkrieg. Der Linguist François Grin von der Universität Genf hat von der französischen Regierung die Aufgabe bekommen, eine Studie zu machen, um den effizientesten Weg zu finden, wie man Sprachen lernen kann. Er hat einen Bericht geschrieben und kommt zu verschiedenen Strategien, eine davon ist die Benutzung von Esperanto. Der «Rapport Grin» befindet sich auf Wikipedia und bleibt im «Elysée» in einer Schublade...

– «Cocacolonisation», ein Zeichen des amerikanischen Imperialismus. Die englische Sprache 'frisst' die anderen Sprachen. Das geschieht mit Esperanto nicht.

– 1954 und 1985 hat die UNESCO Esperanto positiv erwähnt und ihre Mitgliedstaaten ermutigt, die Entwicklung des Esperanto zu beobachten und zu unterstützen. Die Zielsetzungen von UNESCO und Esperanto sind dieselben.

Solidarität

1. Nach dem ersten Weltkrieg benutzte das Rote Kreuz das Netz der Esperantisten, um die Familien wieder zusammenzuführen. Zu diesem Zweck wurden 180'000 Briefe geschrieben und verschickt.

2. Faschismus 1933–1945. Die Diktatoren wollen immer, dass ihr Volk nur ihre Stimme hört. Deswegen kämpfen alle Diktatoren gegen Esperanto. Es ist möglich, das durch die ganze Welt zu beobachten: Esperanto wirkt wie ein Thermometer der Demokratie.

3. MEM = Mondpaca Esperantista Movado: eine Esperantobewegung innerhalb der Esperanto-Bewegung.

4. Balkankrieg: Die Schriftstellerin Spomenka Stimec aus Kroatien schreibt auf Esperanto über den Krieg.

5. Austausch und Partnerschaft: Bona Espero in Brasilien nimmt Strassenkinder zu sich, gibt ihnen Schule und Unterkunft. Eine Schule in Togo mit Namen Instituto Zamenhof. Ein Waisenhaus in Benin, gestiftet von Leuten aus Belgien. Komuna Seminario: Ein Treffen von Jugendlichen aus China, Korea, Japan, um neue Wege zu gehen. Oomoto (Japan) lädt Kinder aus Israel und Palästina für zwei Wochen in sein Zentrum in der Nähe von Kyoto. PacOazo, eine Schule in Israel mit jüdischen und arabischen Kindern.

6. «Delegita Reto» (ein Netz von Delegierten von der Universala Esperanto Asocio UEA) und «Pasporta Servo» (ein Netz von Personen, die Gleichgesinnte unentgeltlich empfängt).

7. Esperanto schützt die Minderheitssprachen, weil es vom Anfang an als internationale Sprache erfunden wurde. Eine internationale Sprache kann keine nationale Sprache sein.

8. Die Esperanto-Bewegung nimmt an den UNO und UNESCO-Programmen teil: Friedensdekade, Manifesto 2000 usw.

Die Person, die sich aus linguistischem Inte-

Integrale Friedensförderung ZIFF

«Durch Bewusstheit und Handlung entwickeln wir die Kraft des Friedens in uns und in der Welt.» So lautet die Aufgabe, die sich das Zentrum für integrale Friedensförderung ZIFF gestellt hat. Die Vision einer befriedeten Welt umfasst alle Formen des menschlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens: Zweierbeziehung, Familie, Gemeinschaften, Dörfer und Städte, Länder und Völker und die Gemeinschaft aller Menschen sind ebenso angesprochen wie Zweckgemeinschaften etwa in Firmen, Institutionen, Vereinen, Organisationen und Staaten.

Der Friedensgedanke als heilende Kraft

Friedensförderung ist Bewusstheitsförderung: Jede und jeder hat die Möglichkeit, täglich und in seinem ganz persönlichen Bereich Frieden zu leben und dadurch dazu beizutragen, dass der Gedanke des Friedens als heilende Kraft immer breiteren Raum gewinnt. Friede ist das Gegenteil von Zerstörung. Beide Möglichkeiten sind in uns Menschen angelegt. In der Friedensarbeit versuchen wir, die Gründe in uns selbst und in anderen Menschen zu erkennen, die den Unfrieden bewirken, und die Voraussetzungen zu stärken, die zum Frieden führen.

Genauso wie die Weltpolitik das Geschehen einer jeden Einzelnen und eines jeden Einzelnen mitbestimmt, wirkt das Handeln im Kleinen auf die globalen Geschehnisse ein. Alle können ihren Anteil an eine friedlichere Welt leisten. Unser Lehrgang in integraler Friedensförderung zeigt Wege auf, wie wirksam an einer Kultur des Friedens mitgearbeitet werden kann.

Es gibt viele Angebote, die Frieden in der Welt fördern. Worin unterscheidet sich die integrale Friedensförderung von diesen? Das Grundanliegen, Probleme in ihrer Komplexität zu verstehen und alle Ursachen anzugehen, zeichnet die integrale Friedensförderung aus. Dabei spannt sie den Bogen von individuellen zu kollektiven Einflüssen und von spirituellen, unsichtbaren zu physisch sichtbaren Aspekten.

Mit dieser Vorgehensweise weitet sich das Tätigkeitsfeld von integral Friedenschaffenden aus. Neben der unmittelbaren Konfliktbearbeitung gewinnen auch die Entwicklung von gewaltfreien Strukturen und einer wertschätzenden Kultur der Bewusstheit an Bedeutung. Integrale Friedensarbeiterinnen und -arbeiter gehen mit Kopf, Hand und Herz an die Arbeit. Sie wissen, dass Probleme nicht nur rational,

resse nach Esperanto erkundigt, ist von der Grundidee der grossen Menschenfamilie erfasst. – Die Benutzung von Esperanto leitet eine moderne, offene Denkweise über das Konzept von Nation ein. – Ein Esperantist kann nicht von irgendeiner nationalistischen Propaganda erfasst werden. Er/sie weiss, dass er/sie in jeder Menschengruppe einen Freund hat oder haben kann.

Mireille Grosjean ist Co-Präsidentin der Schweizerischen Esperanto-Gesellschaft und Präsidentin des Esperanto-Weltlehrerbunds. Grand-rue 9, Postfach 9, 2416 Les Brenets. Esperanto-Lehrbücher sind bei Dietrich Weidmann, Archstrasse 2, 8610 Uster, Telefon: 044 251 50 25, der als Esperanto-Übersetzer tätig ist, erhältlich.

Webseiten: www.svisa-esperanto-societo.ch, www.uea.org, www.ilei.info, www.esperanto.de, www.esperanto.at, www.esperanto.net, www.esperanto.org, www.lernu.net.

sondern vor allem auch mit der Intelligenz des Herzens gelöst werden müssen. Sie wenden Methoden aus unterschiedlichsten Fachbereichen an und sind offen für intermediäre Ansätze. Das ermöglicht ihnen, neben den klassischen auch unkonventionelle Wege zu wählen.

Vier Module für die «Kräfte des Friedens»

Beim Lehrgang «Kräfte des Friedens schaffen» vermitteln vier Module die Grundlagen für eine integrale Friedensarbeit. Die Module sind auch einzeln zugänglich und stehen allen Menschen offen. Der Lehrgang wird zum dritten Mal durchgeführt. Die Lernziele des ersten Wochenendes vom 24. – 26. Januar 2014 «Frieden finden» sind:

- Sie erkennen analytisch, von aussen, und hermeneutisch, von innen.
- Sie gehen den Entwicklungsweg Ihrer Psyche nach.
- Sie lassen sich von Ihrer Seele führen: – vom Zustand der Unbewusstheit – der Zerstörung, – durch den Zustand der Bewusstheit – des Leidens, – zum Zustand der Erfüllung – des Friedens.
- Sie erkennen den Sinn des Lebens, der Liebe, der Schönheit, des Leidens, des Rückzugs, des Abstiegs und des Lächelns.
- Die Führungsprinzipien sind Sanftheit, Bescheidenheit, Berührtheit und Bewusstheit.

Cécile Cassini, www.integrale-friedensfoerderung.ch



ZIFF
Zentrum für integrale
Friedensförderung

Frieden finden

vom 24. bis 26. Januar 2014
auf der Schweibenalp, mit Dr.
Jürg Theiler, Begründer einer
analytisch-hermeneutischen
Psychologie

Sie lassen sich von Ihrer Seele führen:
von der Unbewusstheit –
der Zerstörung, durch die
Bewusstheit – das Leiden,
zur Erfüllung – dem Frieden.

Weitere Module des Lehrgangs
«Lernend Frieden schaffen» im Jahr 2014:

28.3. – 30.3.14 Friedensdialog
27.6. – 29.6.14 Friedenspolitik
19.9. – 21.9.14 Friedensprojekt

Informationen/Anmeldung:

Cécile Cassini, 061 331 49 54 oder
www.integrale-friedensfoerderung.ch

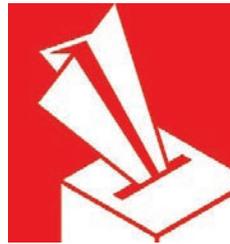
Gripen-Referendum: Jetzt alle Unterschriftenbogen einsenden!

Sri-Lanka-Petition eingereicht

25'324 Menschen haben die Petition «Nicht blenden lassen» von Amnesty International, der Gesellschaft für bedrohte Völker und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe unterschrieben, die den Bundesrat auffordert, sich für die Achtung der Menschenrechte in Sri Lanka einzusetzen und die Asylsuchenden aus Sri Lanka in der Schweiz zu schützen. Sie lag der letzten **FRIEDENSZEITUNG** bei und wurde nun am 14. November in Bern eingereicht.

Die Kampagne hat bereits Wirkung gezeigt: die Ausschaffung Hunderter von Flüchtlingen aus Sri Lanka wurde sistiert und alle negativen Asylbescheide werden noch einmal überprüft. Das Bundesamt für Migration wird die Risiken einer Rückschaffung generell neu bewerten. Sri Lanka ist ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt, und zwar nicht nur als Ferienparadies, sondern auch als Land, in dem Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Eine vorläufige Sistierung der Ausschaffungen reicht allerdings nicht aus. Stattdessen müssen Ausschaffungen nach Sri Lanka grundsätzlich überdacht werden und die Verhandlungen mit dem Land über ein Rücknahmeabkommen gestoppt werden.

der Schweizerische Friedensrat angehört, bis Mitte Dezember 2013 bereits genügend Unterschriften beisammen. Wir rufen aber trotzdem dazu auf, die ganz oder teilweise ausgefüllten Bogen mit dem SFR-Logo jetzt sofort ans Referendumskomitee einzureichen, damit sie noch beglaubigt werden können. Anfang Januar des nächsten Jahres wird das Referendum dann in Bern eingereicht (Ablauf der Frist ist am 16. Januar). Mit der Abstimmung wird im Mai, spätestens im September 2014 gerechnet.



Mit dem SFR-Friedenskalender 2014 haben Mitte Oktober auch alle Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** den Unterschriftenbogen für das Referendum gegen den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (das sogenannte Gripen-Fonds-Gesetz) erhalten. Zwar hat das Bündnis gegen neue Kampfflugzeuge, dem

FRIEDENSZEITUNG

DIE NEUE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES



Seit anderthalb Jahren erscheint die neue **FRIEDENSZEITUNG**: Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit mit Friedens-Veranstaltungskalender viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich

oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch